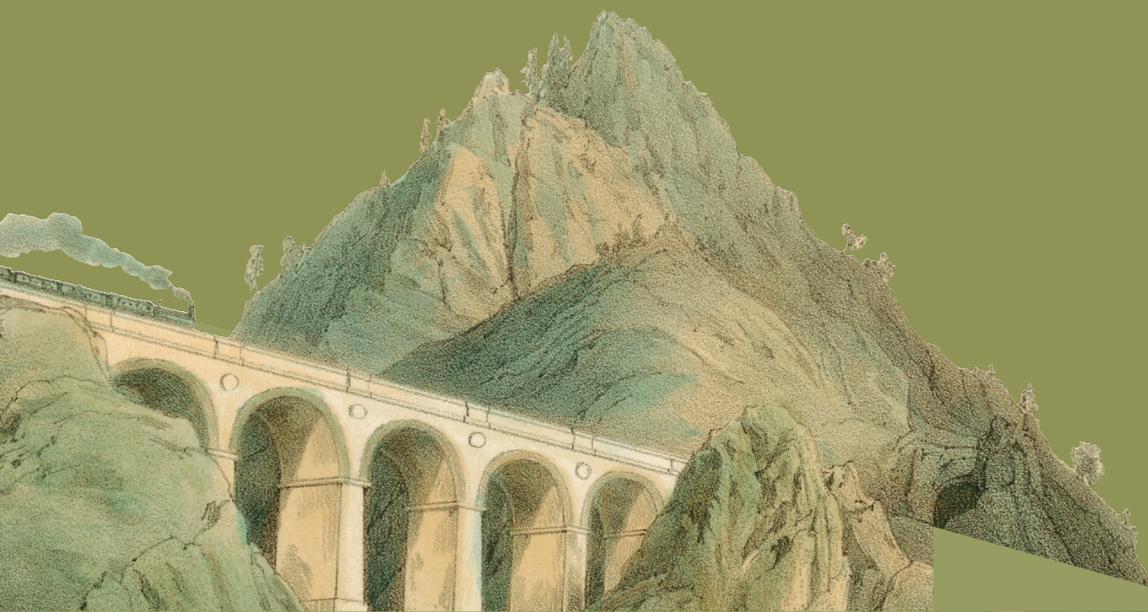


# Niederösterreich im 19. Jahrhundert



## Band 1 **Herrschaft und Wirtschaft** Eine Regionalgeschichte sozialer Macht

Hrsg. Oliver Kühschelm  
Elisabeth Loinig  
Stefan Eminger  
Willibald Rosner

Christoph Lind, Jüdisches Leben zwischen Toleranz, Integration und Antisemitismus. In: Oliver Kühschelm, Elisabeth Loinig, Stefan Eminger u. Willibald Rosner (Hrsg.), Niederösterreich im 19. Jahrhundert, Bd. 1: Herrschaft und Wirtschaft. Eine Regionalgeschichte sozialer Macht (St. Pölten 2021) 523–553; <http://doi.org/10.52035/noil.2021.19jh01.22>

Alle Beiträge vorliegender Publikation mit einem entsprechenden Vermerk haben ein externes Begutachtungsverfahren durchlaufen. Auskunft zum Peer-Review-Verfahren (double blind) unter [doi.org/10.52035/noil.2021.19jh.dok](https://doi.org/10.52035/noil.2021.19jh.dok).

Medieninhaber (Verleger und Herausgeber):

NÖ Institut für Landeskunde  
3109 St. Pölten, Kulturbezirk 4  
Verlagsleitung: Elisabeth Loinig

Land Niederösterreich  
Gruppe Kultur, Wissenschaft und Unterricht  
Abteilung NÖ Landesarchiv und NÖ Landesbibliothek  
NÖ Institut für Landeskunde  
[www.noef.gv.at/landeskunde](http://www.noef.gv.at/landeskunde)

Redaktion und Lektorat: Heidemarie Bachhofer, Tobias E. Hämmerle  
Korrektorat und Register: Claudia Mazanek  
Englisches Korrektorat: John Heath  
Bildredaktion: Heidemarie Bachhofer, Tobias E. Hämmerle  
Bildbearbeitung: Wolfgang Kunerth  
Layout: Martin Spiegelhofer  
Umschlaggestaltung und Farbkonzept: Atelier Renate Stockreiter  
Druck: Gugler GmbH



UW-Nr. 609

Umschlagabbildung: *Viaduct bei Spiess*, kolorierte Tonlithographie von Nicolas-Marie Joseph Chapuy, ca. 1855, Niederösterreichische Landesbibliothek, Topographische Sammlung, 6.985  
Vorsatzblatt: Heinrich Wilhelm Blum von Kempen, Natur und Kunst-Producten-Karte von Oesterreich unter der Enns (Wien 1794), Niederösterreichische Landesbibliothek, Kartensammlung, Cl 200  
Nachsatzblatt: R. A. Schulz, Diöcesan-Karte von Nieder-Oesterreich, nach den kirchlichen Schematismen des Jahres 1865 (Wien 1866), Niederösterreichische Landesbibliothek, Kartensammlung, Al 10

© 2021 NÖ Institut für Landeskunde, St. Pölten  
ISBN 978-3-903127-26-5 (Gesamtpublikation)  
ISBN 978-3-903127-27-2 (Band 1)  
ISBN 978-3-903127-28-9 (Band 2)  
DOI: [doi.org/10.52035/noil.2021.19jh01](https://doi.org/10.52035/noil.2021.19jh01)

Das Werk ist urheberrechtlich geschützt. Die dadurch begründeten Rechte, insbesondere die der Übersetzung, des Nachdruckes, der Entnahme von Abbildungen, der Rundfunk- oder Fernsehsendung, der Wiedergabe auf fotomechanischem oder ähnlichem Wege und der Speicherung in Datenverarbeitungsanlagen, bleiben, auch bei nur auszugsweiser Verwendung, vorbehalten. Ein Jahr nach Veröffentlichung des gedruckten Buchs wird dieses Werk als Open-Access-Publikation zur Verfügung stehen. Alle Texte inklusive der Grafiken und Tabellen unterliegen der Creative-Commons-Lizenz BY International 4.0 („Namensnennung“), die unter <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/> einzusehen ist. Jede andere als die durch diese Lizenz gewährte Verwendung bedarf der vorherigen schriftlichen Genehmigung des Verlages. Ausgenommen vom Anwendungsbereich dieser Lizenz sind Abbildungen. Die Inhaber\*innen der Rechte sind in der Bildunterschrift genannt und diese Rechte werden auch in der elektronischen Veröffentlichung maßgeblich bleiben.



Christoph Lind

## Jüdisches Leben zwischen Toleranz, Integration und Antisemitismus

**Abstract:** Im 18. Jahrhundert war es Jüdinnen und Juden – mit Ausnahme von Wien – streng verboten, sich in Niederösterreich anzusiedeln. Erst das Toleranzpatent von 1782 machte dies unter bestimmten Bedingungen wieder möglich. Die Freizügigkeit im Gefolge der Revolution von 1848 führte zur Zuwanderung von Jüdinnen und Juden vor allem aus Böhmen, Mähren und Ungarn. Diese gründeten bis 1908 im ganzen Land (ohne Wien) 15 Israelitische Kultusgemeinden mit der zugehörigen religiösen Infrastruktur. Die Verfassung von 1867 machte sie endgültig zu Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern, die mit der Mehrheitsgesellschaft gleichberechtigt waren. Allerdings stellte der Antisemitismus ihre erfolgreiche Integration und physische Existenz in Niederösterreich grundsätzlich in Frage. Jüdinnen und Juden nahmen dessen Angriffe aber nicht widerspruchslos hin, sondern setzten sich mit den zur Verfügung stehenden rechtsstaatlichen Mitteln zur Wehr. Im Ersten Weltkrieg trugen sie die letztlich vergeblichen Kriegsanstrengungen der Doppelmonarchie mit. Sie begrüßten 1918 den Frieden, mussten aber angesichts eines sich aggressiver als je zuvor gebärdenden Antisemitismus sorgenvoll in die Zukunft blicken.

**Jewish Life between Tolerance, Integration, and Anti-Semitism.** In the 18<sup>th</sup> century, Jews were strictly forbidden to settle in Lower Austria, with the exception of Vienna. Only the *Toleranzpatent* of 1782 made this possible, again under certain conditions. Free movement in the wake of the revolution of 1848 led to the immigration of Jews, mainly from Bohemia, Moravia and Hungary. By 1908, they had founded 15 *Kultusgemeinden* (Jewish communities), with the associated religious infrastructure, throughout the country. The constitution of 1867 finally made them citizens with the same rights as the majority society. However, anti-Semitism fundamentally questioned their successful integration and physical existence in Lower Austria. Jews, however, did not accept these attacks without resistance, but defended themselves with the means available under the rule of law. During the First World War, they contributed to the ultimately futile war efforts of the Monarchy. They welcomed peace in 1918, but had to look to the future with concern, faced with an anti-Semitism that was more aggressive than ever.

**Keywords:** Jewish communities, synagogues, anti-Semitism, Jewish “Home Front”

---

[doi.org/10.52035/noil.2021.19jh01.22](https://doi.org/10.52035/noil.2021.19jh01.22)

Veröffentlicht nach externer Begutachtung (doppelblind) / published after external peer review (double blind)

Im Jahr 1895 beging die Stadt Krems das 900-jährige Jubiläum ihrer erstmaligen urkundlichen Erwähnung – ein Anlass, der mit einem großen Festumzug gefeiert wurde, an dem auch die jüdische Gemeinde der Stadt teilnehmen sollte. Allerdings stellten „viele urarische Kremser Bürger [...] sehr erstaunt“ die Frage, „ob denn wirklich Juden ein historisches Recht besitzen, im Festzuge korporativ vertreten zu sein“, wie die Wiener jüdische Zeitung *Die Neuzeit* berichtet.<sup>1</sup> Der (jüdische) Schriftsteller und Historiker Samuel Schweinburg-Eibenschitz veröffentlichte daraufhin im selben Blatt einen kurzen Abriss der Geschichte der Jüdinnen und Juden in Krems, die bis ins Mittelalter zurückreicht.<sup>2</sup> Nach der Zerstörung der ersten Gemeinde der Stadt 1421 kam es erst im 19. Jahrhundert zu einer neuerlichen Gründung, und Schweinburg-Eibenschitz hielt fest: „Die Zeiten haben sich gottlob geändert! Unter dem milden Scepter Kaiser Franz Josefs I. entstand nun [nach 1848] wieder eine kleine Judengemeinde, deren Mitglieder in jeder Beziehung würdig sind, im historischen Festzuge [...] vertreten zu sein.“<sup>3</sup> Jüdisches Leben blühte damals nicht nur in Krems, sondern auch auf dem flachen Land in allen vier Vierteln Niederösterreichs neu auf.<sup>4</sup> Die Gründung von „kleineren Provinzgemeinden dieses Kronlands“<sup>5</sup> durch jüdische Zuwanderinnen und Zuwanderer – mit der riesigen Wiener Gemeinde mitten unter ihnen – war eine unmittelbare Folge der Revolution von 1848, die die Ansiedlungsverbote und -einschränkungen, die seit dem Ende des 17. Jahrhunderts für sie galten, beseitigt hatte. Lebten um 1800 noch kaum Jüdinnen und Juden auf dem Land, gab es keine 100 Jahre später schon ein Dutzend stolzer Gemeinwesen, die über Synagogen und andere religiöse Infrastrukturen verfügten. Es war eine rasante Entwicklung von den Hausierern und nur geduldeten „Tolerierten“ des 18. Jahrhunderts und des Vormärz hin zu jenen angesehenen Honoratioren, zu denen die Rabbiner und Gemeindevorsteher in ihrer niederösterreichischen Heimat zählten – in jeder

1 *Die Neuzeit* (12. Juli 1895) 313 f.

2 Zur jüdischen Geschichte Niederösterreichs in Mittelalter und Früher Neuzeit siehe die Beiträge von Martha Keil, Eveline Brugger und Barbara Staudinger in: Eveline BRUGGER, Martha KEIL, Albert LICHTBLAU, Christoph LIND u. Barbara STAUDINGER, *Geschichte der Juden in Österreich = Österreichische Geschichte* (Wien 2013) 15–122, 123–227, 229–337. Siehe auch Martha KEIL, „Zier und Schmuck der Thora“ – jüdische Ritualobjekte und rituelle Bräuche in mittelalterlichen Quellen aus Wien und Niederösterreich. In: Elisabeth LOINIG, Stefan EMINGER u. Andreas WEIGL (Hrsg.), *Wien und Niederösterreich – eine untrennbare Beziehung? Festschrift für Willibald Rosner zum 65. Geburtstag = Studien und Forschungen aus dem Niederösterreichischen Institut für Landeskunde (StUF) 70* (St. Pölten 2017) 338–355; Barbara STAUDINGER, „Gantze Dörffer voll Juden.“ *Juden in Niederösterreich 1496–1670* (Wien 2005); Peter RAUSCHER, „Auf der Schipp.“ Ursachen und Folgen der Ausweisung der Wiener Juden 1670. In: *Aschkenas. Zeitschrift für Geschichte und Kultur der Juden* 16 (2006) 107–121.

3 *Die Neuzeit* (12. Juli 1895) 313 f.

4 Diese historische Kreiseinteilung lautet: Viertel ober dem Manhartsberg (Waldviertel), Viertel unter dem Manhartsberg (Weinviertel), Viertel ober dem Wienerwald (Mostviertel), Viertel unter dem Wienerwald (Industrieviertel).

5 *Die Neuzeit* (9. Juni 1865) 265.

Beziehung würdig, in einem Festumzug wie in Krems vertreten zu sein. Der eingangs erwähnte Streit um ihre Teilnahme markiert aber auch den Vorbehalt, unter dem das Leben im jüdischen Niederösterreich stand. Der Antisemitismus stellte es mit seinen Konzepten von „Rasse“ grundsätzlich in Frage und so blieb es, trotz vielfach gelungener Integration, immer auch ein Ringen um Anerkennung.

### Im verbotenen Land

Seit der Vertreibung von 1670/71 war Jüdinnen und Juden die Ansiedlung in Niederösterreich und Wien streng verboten. Lediglich jüdischen Händlern war es erlaubt, Märkte in Krems, Laa, Retz oder Mistelbach zu besuchen, da sie sich für deren Funktionieren als unverzichtbar erwiesen hatten.<sup>6</sup> Das Niederlassungsverbot musste zwar 1743, als Juden sich *fast für beständig im Lande* aufhielten, oder auch 1779, als sie im Raum St. Pölten das Handelsverbot außerhalb der Marktzeiten nicht beachteten, erneuert und durchgesetzt werden, blieb aber fast das ganze Jahrhundert hindurch unverändert in Kraft.<sup>7</sup> Eine Ausnahme bildete lediglich die Hauptstadt Wien, wo sich bald nach der Vertreibung wieder sogenannte „Hofjuden“ hatten niederlassen dürfen, die für das habsburgische Finanzwesen so unentbehrlich waren wie die jüdischen Händler für die Märkte auf dem flachen Land. Ihr Aufenthalt war an ein kaiserliches Privileg gebunden, das auch Familien und Bedienstete miteinschloss und sich im Laufe des 18. Jahrhunderts hin zur sogenannten „Toleranz“ entwickelte. Die Toleranz war auf Wien beschränkt und wurde in einem formellen Verfahren gegen eine vom Vermögen abhängige Gebühr erteilt – allerdings nur für einen bestimmten Zeitraum, nach dessen Ablauf sie erneuert werden musste. Im Jahr 1777 lebten in der Stadt ungefähr 500 dieser „Tolerierten“ (ca. ein Prozent der Gesamtbevölkerung). Ihnen war es streng verboten, eine Gemeinde zu gründen oder gar eine Synagoge zu erbauen. Die Gottesdienste mussten im privaten Rahmen gefeiert werden, aber es gab immerhin eine bescheidene Infrastruktur, die ein Spital und einen Friedhof miteinschloss.<sup>8</sup> Diese „Tolerierten“ waren es vor allem, an die Kaiser Joseph II. sein berühmtes Toleranzpatent für Wien und Niederösterreich von 1782 adressierte.

6 Elisabeth LOINIG, Verbotenes Land – ersehnte Stadt. Juden in Wien und Niederösterreich im 18. Jahrhundert. In: LOINIG, EMINGER u. WEIGL, Wien und Niederösterreich, 107–124, hier 115–124.

7 Alfred Francis PRIBRAM, Urkunden und Akten zur Geschichte der Juden in Wien, Bd. 1 (Wien 1918) 328 Nr. 155, Zitat ebd.; LEO MENCZER, Geschichte der Juden in den n.ö. Provinzstädten im XVII. und XVIII. Jahrhundert (Diss. Wien 1929) 37 f.

8 Elisabeth LOINIG, Toleriert oder Abgewiesen. Die niederösterreichische Regierung und die Juden in Wien im 18. Jahrhundert – Argumentationsmuster, Strategien und Entscheidungsfindung zwischen Normen und Werten. In: Elisabeth LOINIG u. Martha KEIL (Hrsg.), Quellen zur jüdischen Geschichte Niederösterreichs = StUF 58 (St. Pölten 2016) 92–114; Christoph LIND, Juden in den habsburgischen Ländern. In: BRUGGER, KEIL, LICHTBLAU, LIND u. STAUDINGER, Geschichte der Juden in Österreich, 339–446, hier 340–349; LOINIG, Verbotenes Land – ersehnte Stadt, 123.

### „Ein nützliches Gewerbe“

Dieses Patent – eines von mehreren für die habsburgischen Länder – wurde am 2. Jänner 1782 erlassen und verbesserte den Status der Wiener Jüdinnen und Juden wesentlich. Es schaffte eine Reihe diskriminierender Bestimmungen wie das Tragen von speziellen Abzeichen oder Trachten und das Ausgehverbot am Sonntagvormittag ab, eröffnete neue Erwerbsmöglichkeiten und erlaubte den Besuch der Universität. Ein dauerndes, nicht an die Toleranz gebundenes Aufenthaltsrecht blieb ihnen aber ebenso verwehrt wie das Wiener Bürgerrecht und der Erwerb von Grund und Boden. Das Patent bekräftigte zudem das prinzipielle Verbot der Niederlassung außerhalb der Hauptstadt, machte diese aber gleichzeitig (in Artikel sechs) unter bestimmten Voraussetzungen möglich:

„Auf dem offenen Land in N. Oe. zu wohnen bleibt den Juden wie vorhin noch ferner untersagt; es sei denn, dass sie irgend auf einem Dorfe, in einem Markte, einer Landstadt oder allenfalls auf einem bis hierher noch unbebauten (öden) Grunde eine Fabrik errichten oder sonst ein nützliches Gewerbe einrichten wollen; in welchen Fällen sie immer um die Erlaubnis [...] anzusuchen haben, ihnen aber, nachdem sie solche erhalten, auf dem Lande eben die Rechte und Freyheiten wie ihren Religionsgenossen in der Residenz zukommen.“<sup>9</sup>

Trotz aller noch bestehenden Einschränkungen konnte sich das jüdische Leben in Wien nun so entfalten wie seit dem 17. Jahrhundert nicht mehr. Die religiöse Infrastruktur wurde ausgebaut und es entstanden ein neuer Friedhof (1784), ein neues Krankenhaus (1793) und eine Religionsschule (1814). Ein Höhepunkt dieser Entwicklung war zweifellos der Bau des „Stadttempels“ in der Seitenstettengasse (1826), der die zuvor genutzten Räumlichkeiten im Haus „Zum Weißen Stern“ und im Dempfingerhof ersetzte und heute noch die zentrale Synagoge Wiens ist. Mit der Wahl von sogenannten „Vertretern“ (1792) – sie mussten sich ausdrücklich so nennen, da die Gemeindegründung nach wie vor untersagt war – verfügte die Wiener „Judenschaft“ nun auch wieder über eine Art Vorstand für ihre gemeinsamen Angelegenheiten.<sup>10</sup>

Das flache Land war von solch einer Entwicklung noch weit entfernt und nur wenige Jüdinnen und Juden ließen sich hier in Folge des Patents nieder. Aus Baden wissen wir von einem Herrn Katz, der 1786 die Toleranz als „Faktor“ (eine Art Geschäftsführer) für die dortige Samtfabrik erhielt, und von Alexander Löbl, der im selben Jahr eine koschere Gaststätte eröffnete. Deren Betrieb und sein Aufenthaltsrecht waren allerdings auf die Kursaison, also den Sommer, beschränkt.<sup>11</sup> In Meidling

9 Zit. nach Joseph KARNIEL, Die Toleranzpolitik Kaiser Josephs II. (Gerlingen 1985) 404–416, 566.

10 LIND, Juden in den habsburgischen Ländern, 349 f., 422–424.

11 Thomas E. SCHÄRF, Jüdisches Leben in Baden. Von den Anfängen bis zur Gegenwart (Wien 2005) 30–33.

(heute ein Teil von Wien) wiederum musste Jacob Leitner seinen 1786 zunächst illegal genommenen Aufenthalt gegen den Widerstand der Ortsgemeinde, der Grundherrschaft (Stift Klosterneuburg) und der Niederösterreichischen Landesregierung durchsetzen. Letztere sah in den Berufen, die er ausübte – die Branntweinbrennerei, den Handel mit koscherer Milch und die Bewirtung jüdischer Sommergäste –, keine, wie es im Toleranzpatent hieß, „nützlichen Gewerbe“ und schrieb 1790 an die Vereinigte Hofstelle, *dass [...] die Sache des Juden Leitner von keiner solchen Wichtigkeit zu sein [scheint], dass Gewohnheiten, Gesetze und Ordnung aufgehoben werden sollen, die gegen den Aufenthalt eines Juden im Lande Österreich seit Jahrhunderten bestanden und sich bis auf den heutigen Tag erhalten haben, auch durch das Patent vom Jahre 1782.*<sup>12</sup>

Die restriktive Auslegung des Patents unter den Nachfolgern Josephs II. erschwerte – entgegen den Intentionen des 1790 verstorbenen Kaisers – die Errichtung und den Betrieb von Gewerben und Fabriken auf dem flachen Land durch jüdische Unternehmer. Jonathan Uffenheimer, der in Wien als Angestellter seines Bruders toleriert war, hatte beispielsweise 1812 eine „Landesbefugnis“ für eine Papierfabrik in Wiener Neustadt erworben – vor Ort durfte er sich aber nicht dauernd aufhalten. Das Grundbesitzverbot verunmöglichte ihm zudem den Kauf der Anlage, ohne den er keine weiteren Investitionen tätigen wollte. Dies gelang Uffenheimer erst 1821 – nach der Taufe.<sup>13</sup> Auch Nathan Wiener, der für seine Prager Familie (Leinwand und Cottonfabrikanten Wiener und Söhne) die Leitung einer ehemals stillgelegten Baumwollfabrik in St. Pölten übernahm (1827), oder Anton Drosa mit seiner Leinwanddruckerei in Mödling (1833) stießen an die Grenzen, die Grundbesitzverbot und Aufenthaltsrecht vorgaben.<sup>14</sup> Erst in den 1830er und 1840er Jahren änderte sich die Bewilligungspolitik, und mehr und mehr Toleranzgesuchen wurde stattgegeben. Ein Verzeichnis von 1845 enthält die Namen von 413 *Israeliten und deren Familien*, die sich im Viertel unter dem Wienerwald, von Baden bis Bruck an der Leitha, hatten niederlassen dürfen. Dem Toleranzpatent entsprechend übten sie ein Gewerbe aus oder betrieben eine (meist wohl recht kleine) „Fabrik“.<sup>15</sup> Mit der großzügigeren

12 Niederösterreichisches Landesarchiv (NÖLA), NÖ Regierung und NÖ Statthaltereie (NÖ Reg), H-Akten (Judensachen), Kt. 3016, Fasz. H I, 1790, Zl. 20.525, Schreiben der NÖ Landesregierung an die Vereinigte Hofstelle vom 1. Oktober 1790. Vgl. Christoph LIND, Kleine jüdische Kolonien. Juden in Niederösterreich 1782–1914 (Wien 2013) 10–17.

13 In Niederösterreich (in seinen heutigen Grenzen) traten vom Beginn des 18. Jahrhunderts bis 1914 600 Jüdinnen und Juden zur katholischen und 90 zur evangelischen Kirche über. Die Aufschlüsselung dieser Zahlen nach Kultus-, Orts- oder Stadtgemeinde und Zeitraum bleibt ein Forschungsdesiderat. Siehe Anna L. STAUDACHER, Jüdische Konvertiten in Niederösterreich. Übertritte zum Christentum, Rücktritte zum Judentum in Niederösterreich. In: Maajan – Die Quelle. Jahrbuch der schweizerischen Vereinigung für jüdische Genealogie 2/117 (August 2017) 6–215, hier 17–18, 30 Anm. 76.

14 LIND, Kleine jüdische Kolonien, 23–25.

15 Ebd., 18–21. Die Zahl der „Tolerierten“ in den übrigen Vierteln ist nicht bekannt, dürfte sich aber – wenn überhaupt – auf wenige Einzelfälle beschränkt haben. Das genannte Verzeichnis, die

Toleranzerteilung reagierten die Behörden auf den verstärkten jüdischen Zuzug in das Kronland, den sie nicht mehr kontrollieren konnten – oder wollten. So wurden auch die geltenden Aufenthaltsbestimmungen nur mehr lax gehandhabt, und sowohl auf dem flachen Land als auch in Wien stieg die (nicht exakt bekannte) Zahl jener, die sich hier ohne Bewilligung aufhielten. In Krems entwickelte sich Mitte der 1840er Jahre zwischen der Stadt und dem zuständigen Kreisamt sogar eine Art Katz-und-Maus-Spiel um die Abschiebung der dort aufhältigen „Illegale“.<sup>16</sup> Einige von ihnen – das Kreisamt konnte sich nicht durchsetzen – zählten nach 1848 zu den Gründern der jüdischen Gemeinde der Stadt.

### „Wollt Ihr freie Österreicher sein, so emanzipiert die Juden“

Emanzipation und bürgerliche Gleichberechtigung der Jüdinnen und Juden standen in Europa seit der Aufklärung, die in den habsburgischen Ländern mit der Toleranzgesetzgebung Kaiser Josephs II. einen politischen Ausdruck gefunden hatte, zur Diskussion. Nach der Revolution von 1789 in Frankreich erstmals verwirklicht, wurden sie im Gefolge der Feldzüge Napoleons auch in deutschsprachigen Territorien, beispielsweise im neu gegründeten und unter seinem Einfluss stehenden Königreich Westphalen, durchgesetzt.<sup>17</sup> Weite Teile der jüdischen Bevölkerung des Alten Reiches und der habsburgischen Länder – vor allem jene, die sich in die moderne Gesellschaft integrieren wollten – beteiligten sich dennoch am Kampf gegen den Franzosenkaiser. Bei den einen überwog ihr Patriotismus die Sympathien für die französische Emanzipationspolitik, bei den anderen war es schlicht der Umstand, dass sie zum Militärdienst herangezogen wurden (wobei das eine das andere nicht ausschloss). In Österreich war dieser – als einem der ersten Länder Europas – seit 1788 möglich und bis zum Ende der Napoleonischen Kriege 1815 sollen mehr als 35.000 jüdische Soldaten in den kaiserlichen Armeen gedient haben.<sup>18</sup> Einer von ihnen, Korporal Jo-

---

*Übersichtstabelle über die im Jahre 1845 im V.U.W.W. befindlichen Israeliten und deren Familien*, befindet sich in NÖLA, NÖ Reg, H-Akten, Kt. 3032, 1845, Zl. 13.098.

- 16 Christoph LIND, Tolerierte, Wanderhändler, „Illegale“. Juden in Niederösterreich vor 1848. In: LOINIG u. KEIL, Quellen zur jüdischen Geschichte, 115–130. Zu Wien LIND, Juden in den habsburgischen Ländern, 429 f.
- 17 Stefi JERSCH-WENZEL, Rechtslage und Emanzipation. In: Michael BRENNER, Stefi JERSCH-WENZEL u. Michael A. MEYER, Deutsch-jüdische Geschichte in der Neuzeit, Bd. 2: Emanzipation und Akkulturation 1780–1871 (München 1996) 15–56, hier 26–32.
- 18 Erwin A. SCHMIDL, Juden in der K. (u.) K. Armee (Eisenstadt 1989) 35–48. Die Dienstpflicht für Juden galt seit 1788. Siehe auch Michael HOCHEDLINGER, „Verbesserung“ oder „Nutzbarmachung“? Zur Einführung der Militärdienstpflicht für Juden in der Habsburgermonarchie 1788–1789. In: Michael KAISER u. Stefan KROLL (Hrsg.), Militär und Religiosität in der Frühen Neuzeit (Münster 2004) 97–120; Michael SILBER, From Tolerated Aliens to Citizen-Soldiers. Jewish Military Service in the Era of Joseph II. In: Pieter M. JUDSON u. Marsha L. ROZENBLIT (Hrsg.), Constructing Nationalities in East Central Europe (New York 2005) 19–36.

séph Pollak aus dem niederösterreichischen Sechshaus (heute Wien), zeichnete sich im Krieg von 1809 aus, und in der Schlacht bei Aspern beantwortete Korporal David Friedländer aus Penzing (heute ebenfalls Wien) die Aufforderung eines französischen Kavallerieoffiziers an die österreichische Infanterie, sich zu ergeben, mit einem Witz, der angeblich sein ganzes Bataillon zum Lachen brachte.<sup>19</sup>

Ebenfalls 1809 finanzierten die Wiener jüdischen Bankhäuser Arnstein und Eskeles den Aufstand Andreas Hofers in Tirol mit, und die Wiener Judenschaft stellte 25 bis 30 Mann für Schanzarbeiten, nachdem sie bereits einen Teil der Kosten für die Aufstellung der neuen Landwehr übernommen hatte.<sup>20</sup> Auch die wenigen Juden auf dem Land trugen ihren Teil zu den Kriegsanstrengungen bei. In Meidling nahm Jacob Leitner am allgemeinen Aufgebot von 1798 teil, und in Baden half Isaak Schischa 1805 und 1809 mit, die Kontributionen für die Franzosen aufzubringen und damit die Stadt vor der Plünderung zu bewahren.<sup>21</sup> Der schließlich errungene Sieg wurde mit einem Dankgottesdienst im Wiener Bethaus, damals noch im Dempfingerhof, begangen. Am Ende der Feier – das Gebäude war mit einem von 900 Lampen beleuchteten Portal zu Ehren des Kaisers geschmückt – erklang Joseph Haydns „Volkshymne“.<sup>22</sup>

Der Patriotismus, der hier zum Ausdruck kam, und die erbrachten Kriegsanstrengungen fanden am Wiener Kongress allerdings keine Würdigung in Form einer Neuregelung und Verbesserung des jüdischen Rechtsstatus oder gar der bürgerlichen Gleichberechtigung. Auch eine einheitliche Lösung für den neu gegründeten Deutschen Bund kam trotz der Bemühungen des österreichischen Staatskanzlers Clemens von Metternich und des preußischen Gesandten Wilhelm von Humboldt nicht zustande. Artikel 16 der im Juni 1815 verabschiedeten Bundesakte überließ die „bürgerliche Verbesserung der Bekenner des jüdischen Glaubens in Deutschland“ allfälligen künftigen Beratungen der Bundesversammlung. Die Emanzipation war somit de facto vertagt und blieb den einzelnen Mitgliedsstaaten überlassen.<sup>23</sup> In Österreich, das im Bund den Vorsitz führte, hatten die Juden Wiens, Böhmens und Mährens bereits im April 1815 eine Bittschrift mit dem Ersuchen um Gleichberechtigung bei Kaiser Franz II. (I.) eingereicht, die aber erfolglos blieb. Mit seinem Verweis auf die *Verschiedenheit der Bildungsstufe der Juden in den verschiedenen*

19 Max GRUNWALD, Die Feldzüge Napoleons nach Aufzeichnungen jüdischer Teilnehmer und Augenzeugen (Wien 1913) 26–27. Der Inhalt des Witzes und seine Pointe sind uns leider nicht überliefert.

20 LIND, Juden in den habsburgischen Ländern, 408.

21 LIND, Kleine jüdische Kolonien, 16 f.

22 LIND, Juden in den habsburgischen Ländern, 408 f.

23 Salo BARON, Die Judenfrage auf dem Wiener Kongress (Wien 1920); Shulamit VOLKOV, Bitten und Streiten. Die Emanzipation der Juden auf dem Wiener Kongress. In: Thomas JUST, Wolfgang MADERTHANER u. Helene MAIMANN (Hrsg.), Der Wiener Kongress. Die Erfindung Europas (Wien 2014) 236–253.



Abbildung 1: Der jüdische Arzt Dr. Adolf Fischhof gab mit seiner Rede, die er am 13. März 1848 im Hof des Niederösterreichischen Landhauses hielt, den Revolutionären ein politisches Ziel und gehörte als Abgeordneter dem ersten frei gewählten österreichischen Parlament an. Porträt von Adolf Fischhof in Rednerpose, Österreichische Nationalbibliothek, Bildarchiv, PORT\_00009623\_01.

*Provinzen Meines Reiches* wurde sie dann 1820 für das gesamte Kaisertum auf die lange Bank geschoben.<sup>24</sup>

Die Frage der jüdischen Emanzipation blieb allerdings den ganzen Vormärz hindurch auf der politischen Tagesordnung, beschäftigte die interessierte Öffentlichkeit und rief auch Widerstand hervor. In den judenfeindlichen „Hep-Hep“-Unruhen, die im August 1819 von Bayern ausgingen, fand dieser einen gewalttätigen Ausdruck.<sup>25</sup> Das Habsburgerreich blieb durch das schnelle Eingreifen der Regierung im Großen und Ganzen von Gewalt zwar verschont, doch wurden auch in Wien jüdische Häuser mit der Parole „Hep-Hep“ beschmiert.<sup>26</sup> Das Für und Wider der Gleichberechtigung schlug sich auch auf dem deutschsprachigen Buchmarkt nieder – allein zwischen 1815 und 1850 erschienen dazu 2.500 Publikationen jüdischer und nicht-jüdischer Autoren.<sup>27</sup> In Wien warf sich 1842 Joseph Wertheimer, einer der „Vertreter“ der Judenschaft, mit seinem Buch *Die Juden in Österreich* für die Emanzipation in die publizistische Bresche.<sup>28</sup> Der politische Stillstand in der Habsburgermonarchie löste sich erst im Frühjahr 1848 auf, als das liberale Bürgertum, die Studenten und die Arbeiterschaft ihre Forderungen nach politischer Mitbestimmung, Freiheitsrechten und einer Verbesserung der soziale Lage auf die Straße trugen.

Der unmittelbare Auslöser für die Revolution in Wien war die enorme Höhe der Schulden des Staates. Die Börsenkurse sanken, Banken und Sparkassen wurden gestürmt, politische Programme und Petitionen verfasst. Am 13. März, einem Montag, sollte der Niederösterreichische Landtag über die Lage debattieren, weshalb eine große Menschenmenge in den Hof des Landhauses strömte.<sup>29</sup> Diese wirkte zunächst etwas ratlos. Erst der junge jüdische Arzt Adolf Fischhof, der in einer Rede Pressefreiheit, Glaubensfreiheit und eine Volksvertretung forderte, gab ihr ein konkretes politisches Ziel.<sup>30</sup>

Gleichzeitig brach der Aufstand in den Vorstädten los, von wo aus Arbeiter bereits am Morgen zur Stadt marschiert, vom Militär aber zurückgedrängt worden waren. Die Menge begann daraufhin, Geschäfte in der Mariahilferstraße zu plündern,

24 PRIBRAM, Urkunden und Akten 2, 305.

25 Siehe dazu JACOB KATZ, *Die Hep-Hep-Verfolgungen des Jahres 1819* (Berlin 1994).

26 GERSON WOLF, *Geschichte der Juden in Wien 1156–1876* (Wien 1876) 111.

27 JERSCH-WENZEL, *Rechtsslage und Emanzipation*, 39.

28 JOSEPH WERTHEIMER, *Die Juden in Österreich. Vom Standpunkte der Geschichte, des Rechts und des Staatsvorteils*, 3 Bde. (Leipzig 1842).

29 HELMUT RUMPLER, *Eine Chance für Mitteleuropa. Bürgerliche Emanzipation und Staatsverfall in der Habsburgermonarchie = Österreichische Geschichte 1814–1914* (Wien 1997) 276 f.; WOLFGANG HÄUSLER, „Was kommt heran mit kühnem Gange?“ Ursachen, Verlauf und Folgen der Wiener Märzrevolution 1848. In: ERNST BRUCKMÜLLER u. WOLFGANG HÄUSLER (Hrsg.), *1848. Revolution in Österreich* (Wien 1999) 23–54.

30 RICHARD CHARMATZ, *Adolf Fischhof. Das Lebensbild eines österreichischen Politikers* (Stuttgart 1910) 18–21; WOLFGANG KLIMBACHER, „ein Feind von Robot und Zehent“. Dr. Adolf Fischhof: Jude, Arzt und Revolutionär. In: *Österreich in Geschichte und Literatur* 41 (1997) 4 f., 308–315.

zerstörte das dortige Linienamt und zog dann weiter nach Fünfhaus und Sechshaus, wo sich im Vormärz viele Jüdinnen und Juden niedergelassen hatten. Dort setzte sie die Verwüstungen und Plünderungen fort und stürmte Textilfabriken. Jene der jüdischen Brüder Albert und Emanuel Granichstätten wurde dabei schwer getroffen und in Brand gesteckt. Im Furor, der sich unter anderem gegen die arbeitsplatzgefährdenden Maschinen richtete, waren auch judenfeindliche Parolen zu hören.<sup>31</sup>

Staatskanzler Metternich trat noch am 13. März zurück und die neue Regierung stellte eine Verfassung in Aussicht. Das Begräbnis der fünf „Märzgefallenen“ vier Tage später – Erzherzog Albrecht hatte in der Herrengasse in die Menge schießen lassen – geriet trotz der antijüdisch konnotierten Ausschreitungen in den Vorstädten zu einem symbolischen Akt der Gleichberechtigung, da die jüdischen Toten, der Webergeselle Bernhard Herschmann und der Student Karl Heinrich Spitzer, gemeinsam mit den Christen und unter der Teilnahme von Rabbiner Isaak Noah Mannheimer bestattet wurden.<sup>32</sup>

Die Frage der Gleichberechtigung wurde Dank der eben erst errungenen Pressefreiheit, die nun öffentliche mediale politische Diskurse ermöglichte, auch in den vielen neuen Zeitungen – allein in Wien waren es über 150 – kontrovers und mit teils heftiger antijüdischer Polemik diskutiert.<sup>33</sup> Dies galt auch für das St. Pöltner *Traisenblatt*, eine der beiden Neugründungen auf dem flachen Land in Niederösterreich.<sup>34</sup> Am 12. August 1848 trat ein gewisser Ernst Skarpil darin für die Emanzipation ein und schloss seine Ausführungen mit dem Satz: „Wollt Ihr freie Österreicher sein, so emanzipiert die Juden, und Ihr werdet Eurer teuer erkauften Freiheit umso würdiger sein.“<sup>35</sup> An gleicher Stelle wurde wenig später die Entgegnung darauf gedruckt: „[...] emanzipiert sie jetzt noch nicht vollständig“, die ein ebenfalls nicht näher bekannter Herr Lübscher formulierte.<sup>36</sup>

Über die Frage der Emanzipation zu entscheiden, war dem österreichischen Reichstag – dem ersten frei gewählten Parlament des Landes – vorbehalten, der am

31 Michael KOFLER, Judith PÜHRINGER u. Georg TRASKA (Hrsg.), *Das Dreieck meiner Kindheit. Eine jüdische Vorstadtgemeinde in Wien* (Wien 2008) 68–70.

32 Moses ROSENMANN, Isak Noah Mannheimer. Sein Leben und Wirken, zugleich ein Beitrag zur Geschichte der israelitischen Kultusgemeinde in Wien in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts (Wien 1922) 77 f.; Abdruck seiner Grabrede ebd., 137–139. Offiziell musste sich Mannheimer übrigens „Prediger“ nennen, da die Gemeindegründung noch verboten war.

33 Albert LICHTBLAU, Integration, Vernichtungsversuch und Neubeginn. In: BRUGGER, KEIL, LICHTBLAU, LIND u. STAUDINGER, *Geschichte der Juden in Österreich*, 447–565, hier 451; RUMPLER, *Eine Chance für Mitteleuropa*, 278 f.

34 In Krems erschien noch *Der Unabhängige. Zeitschrift für Humanität, Volksbildung und Volkswirtschaft*. Siehe Walter LÖHNERT, *Die unmittelbaren Auswirkungen der Revolution 1848 in Niederösterreich* (Diss. Wien 1949) 43.

35 *Traisenblatt*. St. Pöltner Neuigkeits- und Geschäfts-Zeitung (12. August 1848) 106.

36 *Traisenblatt* (26. August 1848) 125, (2. September 1848) 132 f.

22. Juli 1848 in der Wiener Hofreitschule zusammentrat.<sup>37</sup> Unter den insgesamt fünf jüdischen Abgeordneten, die ihm angehörten, waren auch Adolf Fischhof, Isaak Noah Mannheimer und Josef Goldmark, einer der Anführer der Wiener Studentenschaft, vertreten.<sup>38</sup> Am 4. März 1849 beschloss er, mittlerweile nach Mähren verlegt, auch mit ihren Stimmen die „Kremsierer Verfassung“. Diese schrieb die Gleichheit aller Staatsbürger fest, trat jedoch nie in Kraft, da die Regierung unter dem neuen Kaiser Franz Joseph noch am selben Tag ihren eigenen Entwurf erließ und den Reichstag gewaltsam auflöste. Die neue „Oktroyierte Märzverfassung“ enthielt zwar ebenfalls gleiche Rechte für Juden und Nichtjuden, wurde aber Ende 1851 mit dem Silvesterpatent wieder aufgehoben. Erst nach der Niederlage von Solferino (1859) mussten der Kaiser und seine Regierung mit Oktoberdiplom (1860) und Februarpatent (1861) den Weg in Richtung Konstitutionalismus und jüdischer Gleichberechtigung erneut beschreiten. Nach der Schlacht von Königgrätz [*Hradec Králové*] (1866) entstand durch den „Ausgleich“ mit Ungarn die Doppelmonarchie, und in Österreich trat die Dezemberverfassung (1867) in Kraft. Ihre Staatsgrundgesetze enthielten einen Katalog, der die Gleichheit vor dem Gesetz und die Religionsfreiheit erneut festschrieb. Diese Prinzipien blieben dann die nächsten 70 Jahre bestehen und wurden erst 1938 aufgehoben.<sup>39</sup>

## Gründerjahre

Im Frühling 1848 lebten Jüdinnen und Juden auf dem flachen Land in Niederösterreich entweder als „Tolerierte“ – vor allem im Viertel unter dem Wienerwald – oder sie hielten sich hier ohne Bewilligung auf. Da das Toleranzpatent und die darin enthaltenen Ansiedlungsbeschränkungen im Revolutionsjahr ihre Gültigkeit verloren und auch nach 1849 außer Kraft blieben, war nun die freie jüdische Zuwanderung in das Kronland möglich. Die Zuwanderinnen und Zuwanderer kamen, wie schon im Vormärz, vor allem aus Böhmen, Mähren und Ungarn und bauten gemeinsam mit den ehemals „Tolerierten“ und „Illegalen“ das jüdische Leben auf dem flachen Land neu auf. Religionsvereine wie in Sechshaus (gegründet 1849),<sup>40</sup> Krems (1851),<sup>41</sup>

37 RUMPLER, Eine Chance für Mitteleuropa, 279 f., 283; Stefan SCHIMA, Die Revolution von 1848 und die Rechtsstellung der Juden. In: Mitteilungen des Instituts für Österreichische Geschichtsforschung 118 (2010) 415–449.

38 Die beiden anderen waren Abraham Halpern aus Stanislau und der Krakauer Oberrabbiner Dow Baer Meisels. Siehe Saskia STACHOWITSCH u. Eva KREISKY (Hrsg.), Jüdische Identitäten und antisemitische Politiken im österreichischen Parlament 1861–1933 (Wien 2017) 63.

39 RUMPLER, Eine Chance für Mitteleuropa, 315, 321–323, 373–379, 416–419. Der Grundrechtskatalog von 1867 ist seit 1945 wieder geltendes Verfassungsrecht.

40 Leopold STERN, Geschichte der israelitischen Cultusgemeinde im Bezirke Sechshaus (Wien 1892) 9 f.

41 In Krems bestand ein Betraum, gegründet von einigen „Illegalen“, bereits seit Juni 1848. Siehe Hannelore HRUSCHKA, Die Geschichte der Juden in Krems an der Donau von den Anfängen bis 1938 (Diss. Wien 1978) 175; LIND, Kleine jüdische Kolonien, 53.

St. Pölten (1851/52) und Kimmelbach (1854)<sup>42</sup> – um nur die ersten dieser Gründungen zu nennen – richteten Beträume ein und schufen damit die für die Feier von Gottesdiensten notwendige Infrastruktur. Sie stellten zudem sicher, dass der sogenannte *Minjan* erreicht wurde, das für den Gottesdienst notwendige Quorum von zehn jüdischen Männern ab der religiösen Volljährigkeit von 13 Jahren (sie nannten sich deswegen auch oftmals *Minjan*-Vereine).

Die Mitgliedschaft in diesen Vereinen war freiwillig, und so sahen sich bereits die ersten Gründungen damit konfrontiert, dass ihnen nicht alle an einem Ort oder in einer Region lebenden Juden beitreten wollten. Viele zogen es vor, Mitglieder ihrer alten Heimatgemeinden zu bleiben, denen sie sich vielfach noch verbunden fühlten und an die sie zudem noch Kultusabgaben bezahlten. Eine zweifache Beitragsleistung an die alten Gemeinden in Böhmen, Mähren oder Ungarn und die neuen Gemeinden in Niederösterreich aber konnten oder wollten sich viele nicht leisten. Die aus dieser Situation heraus resultierenden Schwierigkeiten veranschaulicht ein 1861 verfasster Bericht des Bezirksamtes Ybbs an die Niederösterreichische Statthalterei in Wien, in dem es über den Verein in Kimmelbach heißt: [...] *bei dem Wunsche einer großen Anzahl von Israeliten, an der Andacht teilzunehmen, ohne zu den Kosten beizutragen, konnte es an Reibungen nicht fehlen. [...] Bei den ärmeren Israeliten wurde der Umstand sehr drückend, dass ein jeder Israelit zu den Kultusauslagen seiner heimatlichen Kultusgemeinde noch immer beitragen muss [...]*.<sup>43</sup> Eine Reihe von Vereinsmitgliedern rund um Jakob Eltbogen versuchte nun, *durch Errichtung einer Kultusgemeinde Abhilfe zu schaffen*. Sie rechneten damit, dass die neue Gemeinde 130 bis 140 Mitglieder haben und damit auch auf einer organisatorisch und wirtschaftlich tragfähigen Grundlage würde stehen können. Obwohl noch 1861 die neue Israelitische Religions-Genossenschaft zu Kimmelbach ins Leben trat, erfüllte sich diese Hoffnung nicht. 1875 gehörten ihr nur 22 Männer an und dementsprechend schmal war das Budget, weshalb auch der Rabbiner nicht mehr weiterbeschäftigt werden konnte.<sup>44</sup> Das Problem, dem sich auch die anderen Israelitischen Kultusgemeinden (IKG) in Sechshaus, Ottakring, St. Pölten, Krems, Horn, Währing und Wiener Neustadt gegenübersehen, bestand darin, dass sie mangels einer gesetzlichen Grundlage niemanden zur Mitgliedschaft verpflichten durften.<sup>45</sup>

Ab den späten 1870er Jahren wurde es für die Behörden und die jüdischen Gemeinden immer offensichtlicher, dass die (jüdischen) Kultusangelegenheiten der österreichischen Reichshälfte der Doppelmonarchie einer einheitlichen gesetzlichen Regelung bedurften. Durch die Binnenmigration infolge der Freizügigkeit waren nämlich nicht nur im ländlichen Niederösterreich, sondern auch in anderen

42 LIND, Kleine Jüdische Kolonien, 43, 59.

43 NÖLA, NÖ Reg, C-Akten (Kultus), Kt. 596, 1861, Prot. Nr. 24156/C8, Schreiben des Bezirksamtes Ybbs an die NÖ Statthalterei vom 29. Mai 1861.

44 LIND, Kleine Jüdische Kolonien, 43 f., 73.

45 Ebd., 64–76.

Kronländern neue Gemeinden entstanden, denen es ebenfalls an einer ausreichenden Rechtsgrundlage mangelte. Im Jahr 1884 sah sich deswegen sogar der Verwaltungsgerichtshof zu einem Erkenntnis veranlasst, das den böhmischen Kultusgemeinden – außer jener in Prag [*Praha*] – das Recht absprach, ihre Mitglieder besteuern zu dürfen.<sup>46</sup> Die schließlich einsetzenden parlamentarischen Verhandlungen über die Neuordnung des Gemeindewesens wurden in der jüdischen Öffentlichkeit, beispielsweise in der *Neuzeit*, genau verfolgt und dort auch diskutiert.<sup>47</sup> Sie dauerten, sehr zum Leidwesen beispielsweise der IKG in Krems, Horn oder St. Pölten, die dringend gewünschte Statutenänderungen nicht durchführen konnten, bis 1890.<sup>48</sup>

In diesem Jahr stellte das „Israelitengesetz“ in 36 Paragraphen die Existenz der IKG Cisleithaniens auf eine neue Grundlage (es ist heute noch in Kraft). Als äußere Organisationsform der österreichischen Jüdinnen und Juden erhielten sie einen gesicherten öffentlich-rechtlichen Status. Durch die Einteilung ganz Niederösterreichs (und ganz Cisleithaniens) in Kultussprengel bestimmte fortan der ordentliche Wohnsitz, wo man Mitglied war, und in jedem Sprengel durfte nur eine einzige IKG bestehen. Ihre Geschäfte waren von einem gewählten Vorstand zu führen, dessen Mitglieder, so wie auch der Rabbiner und andere „Religionsdiener“, über die österreichische Staatsbürgerschaft verfügen mussten. Die Rabbiner hatten zudem einen „Nachweis allgemeiner Bildung“ zu erbringen, dessen Niveau mit Rücksicht auf die in den Kronländern „bestehenden Verhältnisse“ bestimmt wurde.<sup>49</sup> Zur Durchführung des Gesetzes, vor allem in Hinblick auf den Bildungsnachweis und die Sprengleinteilung, suchten die Behörden die Kooperation mit den jüdischen Gemeindevertretern. Am 2. Juli 1891 fand dazu in der Niederösterreichischen Statthalterei ein Treffen mit Repräsentanten aus Wien und den Gemeinden des flachen Landes statt. Relativ schnell einigte man sich dabei auf das Bildungsniveau für Niederösterreich – Rabbiner sollten zumindest das Obergymnasium mit gutem Erfolg absolviert haben.<sup>50</sup> Die Diskussion zur Sprengleinteilung nahm mehr Zeit in Anspruch und endete mit der Schaffung von insgesamt zwölf IKG. Zu den bereits bestehenden Gemeinden mit Sitz in Baden, Floridsdorf, Horn, Krems, Wiener Neustadt, St. Pölten und Ybbs (vorher Kammelbach, dann Amstetten) kamen fünf weitere in Mistelbach, Mödling, Neunkirchen, Tulln-Klosterneuburg und Waidhofen an der Thaya hinzu (Ottakring, Sechshaus und

46 ERNST MISCHLER u. JOSEF ULRICH (Hrsg.), Österreichisches Staatswörterbuch. Handbuch des gesamten österreichischen öffentlichen Rechtes, Bd. 2/1 (Wien 1896) 194.

47 Vgl. dazu folgende Artikel (Auswahl): Die *Neuzeit* (9. Mai 1879) 146, (25. Februar 1881) 59–60, (30. Mai 1884) 206 f., (18. März 1887) 105, (7. Dezember 1888) 470.

48 LIND, Kleine jüdische Kolonien, 74–76.

49 Reichsgesetzblatt (RGBl.) 57/1890, Gesetz vom 21. März 1890 betreffend die Regelung der äußeren Rechtsverhältnisse der israelitischen Religions-Gesellschaft. Ein Verzeichnis der IKG Cisleithaniens (Stand 1894) sowie Durchführungsbestimmungen für die einzelnen Kronländer finden sich in: Max-Eugen BURCKHARD, Gesetze und Verordnungen in Cultussachen (Wien 3. erg. Aufl. 1895) 512–530.

50 LIND, Kleine jüdische Kolonien, 77 f.

Währing hatten im Zuge der Stadterweiterung Wiens per 1. Jänner 1891 ihre Selbstständigkeit verloren und wurden in die dortige IKG eingegliedert). Kurz nach der Jahrhundertwende entstanden dann die IKG Hollabrunn (1902) und, bedingt durch die Auflösung der IKG Floridsdorf in Folge einer neuerlichen Wiener Stadterweiterung, die Gemeinden von Gänserndorf, Groß-Enzersdorf und Stockerau.<sup>51</sup>

Tabelle 1: IKG in Niederösterreich 1910 (Gründungsjahre in Klammer)

IKG	Mitglieder	IKG	Mitglieder	IKG	Mitglieder
Wien (1852)	175.294	NÖ IKG mit IKG Wien	184.847	NÖ IKG ohne IKG Wien	9.553
Mödling (1892)	1.287	Wiener Neustadt (1871)	810	Gänserndorf (1907)	375
Baden (1878)	1.103	Tulln-Klosterneuburg (1892)	647	Amstetten (1861)	367
Neunkirchen (1892)	931	Waidhofen an der Thaya (1892)	513	Hollabrunn (1902)	355
St. Pölten (1863)	921	Stockerau (1907)	396	Horn (1874)	226
Mistelbach (1892)	907	Krems (1861)	390	Groß-Enzersdorf (1907)	179

Die Zahl der Gesamtbevölkerung in Niederösterreich betrug 1910 3,531.574 Personen, davon lebten 2,031.421 in Wien und 1,500.153 auf dem flachen Land. Die jüdische Bevölkerung in Niederösterreich (ohne Wien) zählte mit 9.553 Personen zur größten unter den „deutschen“ Kronländern (die Mitgliedszahlen der niederösterreichischen IKG wurden vom Autor anhand der jeweiligen Kultusprengel zusammengestellt und weichen in Summe mit 9.407 minimal von der Zahl 9.553 ab). Die Zahlen aus den übrigen „deutschen“ Ländern: Steiermark (2.891), Tirol mit Südtirol und dem Trentino (1.624), Oberösterreich (1.214), Kärnten (338), Salzburg (285), Vorarlberg (126). Zum weiteren Vergleich: Galizien (871.804), Bukowina (102.925), Böhmen (85.798), Mähren (41.174), Schlesien (13.431), Triest (5.495), Istrien (684), Dalmatien (520), Görz und Gradisca (335), Krain (144).

Quelle: Die Ergebnisse der Volkszählung vom 31. Dezember 1910 in den im Reichsrat vertretenen Königreichen und Ländern. Hrsg. k. k. Statistische Zentralkommission (Wien 1914).

Neben der territorialen Neueinteilung fasste das Gesetz bereits bestehende Vorschriften, wie jene des Nachweises eines bestimmten Bildungsniveaus oder der österreichischen Staatsbürgerschaft, zusammen und führte sie näher aus. Es definierte zudem die jeweiligen Rechte und Pflichten von Staat und IKG, wobei sich

<sup>51</sup> Ebd., 79–86.

die Ansprüche des ersteren auf die, wie es auch im Titel des Gesetzes heißt, Ordnung der „äußeren Rechtsverhältnisse der israelitischen Religions-Gesellschaft“ beschränkten. Dazu gehörte neben Vorgaben zur Gemeindeorganisation auch die Führung des Personenstandswesens, die in Österreich bis 1938 den Religionsgemeinschaften oblag. Umgekehrt konnten die IKG die Hilfe des Staates bzw. seiner Gerichte, beispielsweise bei der Exekution von ausstehenden Kultusbeiträgen, in Anspruch nehmen. Innere Angelegenheiten wie Fragen des Ritus, die Aufsicht über den Religionsunterricht und die *Kaschrut* (die Gesamtheit der jüdischen Speisegesetze) oblagen allein der Kultusgemeinde. Ein Aufsichtsrecht stand ihr, soweit religiöse Angelegenheiten berührt wurden, auch über jüdische Vereine zu.

### Synagoge und Ritus

Die Zentren des jüdischen Lebens auf dem flachen Land waren die Synagogen, in denen die Gottesdienste gefeiert wurden. Da es für die Einrichtung des dazu erforderlichen liturgischen Raums im Prinzip nur der Aufstellung einer Thorarolle bedurfte, benötigten die Gläubigen zunächst nur Zimmer oder Säle in geeigneter Größe. In Mödling stellte beispielsweise 1859 der Mautpächter Ferdinand Winkler seine Wohnung zur Verfügung, da sich in der Stadt keine anderen Lokalitäten fanden.<sup>52</sup> Während die Gemeinden in Mödling und andernorts später eigene Synagogen errichteten, blieb es in den IKG Amstetten und Waidhofen an der Thaya stets bei Betsälen in jüdischen Häusern. Deren Architektur unterschied sich nach außen hin kaum von den sie umgebenden Bauwerken. Dies galt auch für Horn und Hollabrunn, wo 1871 und 1877 bereits bestehende Gebäude zu Synagogen umgebaut wurden.<sup>53</sup>

Die übrigen niederösterreichischen IKG entschieden sich im Laufe der Zeit dazu, mehr oder weniger repräsentative Neubauten zu errichten. Diese sollten eindeutig als jüdische Gotteshäuser kenntlich sein und waren zudem ein sichtbares Zeichen des jüdischen Lebens auf dem flachen Land. In Baden (1873), Neunkirchen (1883) und Stockerau (1903) griffen die IKG dafür auf die Expertise örtlicher Baumeister zurück.<sup>54</sup> Mehr Renommee versprach die Beschäftigung von Architekten, die in der gesamten Monarchie tätig und bekannt waren. Gotteshäuser, errichtet von Carl König („Turnertempel“ in Sechshaus 1871/72), Max Fleischer (Krems 1894) oder Wilhelm Stiassny (Wiener Neustadt 1902), waren nicht nur ein Zeichen jüdischen

52 Ebd., 131.

53 Ebd., 100 f., 116 f.; Erich RABL, Die Juden in Horn. In: Friedrich POLLEROß (Hrsg.), „Die Erinnerung tut zu weh“. Jüdisches Leben und Antisemitismus im Waldviertel (Horn 1996) 183–220, hier 188–190; Eduard FÜHRER u. Harald HITZ, Juden in Waidhofen an der Thaya. In: ebd., 301–342, hier 308 f., 316, 319.

54 SCHÄRE, Jüdisches Leben in Baden, 71–74; Gerhard MILCHRAM, Heilige Gemeinde Neunkirchen. Eine jüdische Heimatgeschichte (Wien 2000) 42–44; LIND, Kleine jüdische Kolonien, 106, 138, 140 f.



Abbildung 2: Die Einweihung der neuen St. Pöltner Synagoge, an der viele Honoratioren der Stadt teilnahmen, fand bewusst am Vorabend des Geburtstages des Kaisers statt. Die IKG unterstrich auf diese Weise ihre Treue zu Dynastie und Staat.

Einladung zur Einweihungsfeier der neuen St. Pöltner Synagoge, 1913, Sammlung INJOEST.

Selbstbewusstseins, sondern dienten auch als Statussymbole, auf die ihre Gemeinden zu Recht stolz sein konnten.<sup>55</sup> Stilistisch wurde dazu meist auf den neoromanischen „Rundbogenstil“ zurückgegriffen, den die Architekten August Schuchardt und vor allem Albert Rosengarten für die Synagoge in Kassel (1839) entwickelt hatten.<sup>56</sup> Die historistische Verwendung der Romanik – in Krems mit Elementen der Neorenaissance, in Groß-Enzersdorf mit Doppelturmfassade und im adaptierten Horner Gotteshaus an den Fenstern erkennbar – sollte in ihrer Formensprache die Idee der Gleichberechtigung mit der christlichen Mehrheit unterstreichen.<sup>57</sup> Sie betonte – gleichsam in Stein aufgeführt – das jüdische Selbstverständnis, keine Fremden im Land zu sein. Der ebenfalls in den 1830er Jahren entstandene „maurische“ Stil war hingegen auf der Suche nach einer charakteristischeren, „jüdischeren“ Architektursprache, die weniger mit christlichen Bauwerken identifizierbar war.<sup>58</sup> In Niederösterreich hat ihn Wilhelm Stiassny beispielsweise für die Fassadengestaltung der Wiener Neustädter Synagoge genutzt. „Orientalisierende“ Wege wurden auch beim Neubau der St. Pöltner Synagoge – ein Zentralbau mit Kuppel und Jugendstilelementen – 1912/13 beschränkt, als die IKG sich dazu entschloss, die aufwendigen Schablonenmalereien im Inneren auf diese Weise zu gestalten.

Für die – bis heute – letzten beiden Synagogenbauten im Land unter der Enns wählten die Gemeindeväter in Klosterneuburg (1913/14) einen schlichteren, klassizistischen Stil, während die Dachkonstruktion des überkuppelten Zentralbaus in Mödling (1913/14) an die Architektur osteuropäischer Holzsynagogen erinnerte.<sup>59</sup> Viele der neu errichteten Gebäude waren tatsächlich „eine Zierde der Stadt“, wie die *St. Pöltner Deutsche Volks-Zeitung* das dortige Gotteshaus anlässlich seiner Eröffnung im August 1913 lobte.<sup>60</sup> Die St. Pöltner Synagoge ist auch das einzige dieser

- 
- 55 KOFLER, PÜHRINGER U. TRASKA, Das Dreieck meiner Kindheit, 83–88 (zum Turnertempel); Ruth HEIDRICH-BLAHA, Die Synagoge in Krems von Max Fleischer. In: POLLEROB, Jüdisches Leben, 221–232; Inge SCHEIDL, Ursula PROKOP U. Wolfgang HERZNER, Wilhelm Stiassny. Jüdischer Architekt und Stadtpolitiker (Wien 2019).
- 56 Harold HAMMER-SCHENK, Synagogen in Deutschland. Geschichte einer Baugattung im 19. und 20. Jahrhundert (Hamburg 1981) 92–123.
- 57 Pepa NALBANTOVA, Virtuelle Rekonstruktion der Synagogen in Krumbach und Groß Enzersdorf (Dipl. TU Wien 2017).
- 58 HAMMER-SCHENK, Synagogen in Deutschland, 251–258.
- 59 Martha KEIL, „Eine Zierde der Stadt“. Die Errichtung der St. Pöltner Synagoge. In: Martha KEIL (Hrsg.), Gott und Kaiser. 100 Jahre ehemalige Synagoge St. Pölten (St. Pölten 2013) 36–53; Carlos FERREREA-MAYERLE, Virtuelle Rekonstruktion der ehemaligen Synagoge in Klosterneuburg (Dipl. TU Wien 2016); Roland BURGER, Franz M. RINNER U. Franz R. STROBL (Hrsg.), Ausgelöscht. Vom Leben der Juden in Mödling (Mödling 1988) 72–84.
- 60 Matthias LACKENBERGER, Die Geschichte der Israelitische Kultusgemeinde St. Pölten von 1867–1918 (Wien 1998) 49 f.

prächtigen und repräsentativen Gebäude, das heute noch steht. In ihr ist seit 1988 das Institut für jüdische Geschichte Österreichs untergebracht.<sup>61</sup>

Die Gottesdienste, die in diesen Synagogen gefeiert wurden, orientierten sich am Wiener *Minbag* (Ritus, Brauch), den Rabbiner Isaak Noah Mannheimer in den 1820er Jahren entwickelt hatte.<sup>62</sup> Sein Ritus stellte einen Kompromiss zwischen der althergebrachten Tradition und den von der *Haskala*, der jüdischen Aufklärung, inspirierten Reformbestrebungen dar.<sup>63</sup> Mannheimers *Minbag* legte Wert auf Ordnung und feierliche Würde, wodurch er so gar nicht dem traditionellen aschkenasischen Gottesdienst, der von einer akustischen Vielstimmigkeit geprägt war, entsprach. Verhaltensregeln, wie sie auch von den Betvereinen in St. Pölten und Krems überliefert sind, sollten die Durchsetzung des neuen Ritus unterstützen.<sup>64</sup> In Krems hieß es 1851 beispielsweise:

*Die gemachte traurige Erfahrung, dass einige Mitglieder unseres löbl. Bet-Vereines sich nicht der schuldigen Würde des Ortes gemäß betragen [...] als auch auf die Andacht der Übrigen störend einwirken, haben wir sämtlich Gefertigte nachstehende Anordnung strenge zu beobachten uns entschlossen und festgesetzt: [...] Jedes Mitglied ist verbunden so geräuschlos als möglich einzutreten, sich ungesäumt an seinen ihm zugewiesenen Sitze zu begeben, daselbst sich einer anständigen körperlichen Haltung – sitzend oder stehend – zu befleißigen, nie mit jemanden seiner Umgebung ein Gespräch, wenn auch lispelnd, anzuknüpfen, vielweniger aber etwa zu lachen sich erlauben, sondern ruhig den Anfänge des Gebetes abzuwarten, und dann still, nicht überlaut, zu beten.*<sup>65</sup>

Die Reformen des Gottesdienstes verlangten auch eine Veränderung der traditionellen Innenausstattung der Synagogen. Das Pult oder Podium (*Bima*, *Almemor*), von dem aus die Thora gelesen wurde, rückte von der Raummitte an den nach Osten orientierten Thoraschrein heran – wie in den 1880er Jahren in Floridsdorf<sup>66</sup> – und

61 Die Architekten Bob Martens und Herbert Peter arbeiten mit Studierenden seit den 2000er Jahren an der virtuellen Rekonstruktion zerstörter jüdischer Gotteshäuser der Donaumonarchie. Siehe dazu auch Bob MARTENS, Herbert PETER, Danielle SPERA u. Werner HANAK-LETTNER (Hrsg.), *Wiener Synagogen. Ein Memory* (Wien 2016).

62 Michael A. MEYER, *Antwort auf die Moderne. Geschichte der Reformbewegung im Judentum* (Wien 2000) 216–222.

63 Zur *Haskala*: Jacob KATZ, *Aus dem Ghetto in die bürgerliche Gesellschaft. Jüdische Emanzipation 1770–1780* (Frankfurt am Main 1986); Christoph SCHULTE, *Haskala. Die jüdische Aufklärung in Deutschland 1769–1812* (Wolfenbüttel 1999); Shemuel FEINER, *Haskala – jüdische Aufklärung. Geschichte einer kulturellen Revolution* (Hildesheim 2007).

64 Siehe auch: Simone LÄSSIG, *Jüdische Wege ins Bürgertum. Kulturelles Kapital und sozialer Aufstieg im 19. Jahrhundert* (Göttingen 2004) 258, 261–265, 269 f.

65 NÖLA, NÖ Reg, C-Akten, 1851, Prot. Nr. 7649/1249/C8 ad 4493, Akt 24659, Verhaltensregeln datiert 1851. Vgl. LIND, *Kleine jüdische Kolonien*, 59, 167 f.

66 Die Wahrheit (9. September 1927) 9, (16. September 1927) 9.

stand jetzt direkt vor ihm. Die Bänke, bisher um die *Bima* herum gruppiert, wurden ebenfalls neu in Richtung Thoraschrein ausgerichtet, wodurch die Gläubigen – wie in der Kirche – nur mehr in eine Richtung blickten. Allerdings wurde der *Wiener Minbag* nicht von allen Jüdinnen und Juden mitgetragen, weshalb, ähnlich wie in Wien, auch auf dem flachen Land Konflikte mit der traditionsbewussten Orthodoxie nicht ausblieben.<sup>67</sup> In jenen Kultusgemeinden, die an Ungarn grenzten –, also im heutigen Wein- und Industrieviertel – gerieten die jeweiligen Parteien besonders heftig aneinander. Ein großer Teil ihrer Mitglieder war sehr konservativ eingestellt, und dort war auch der Einfluss der orthodoxen Rabbiner der Gemeinden von Pressburg [*Bratislava*, *Pozsony*] und Mattersdorf (heute das burgenländische Mattersburg) gleich hinter der Grenze spürbar.<sup>68</sup> Besonders Pressburg übte in der Person des berühmten Moses Chatam Sofer (1763–1839) und seiner Nachfolger erheblichen Einfluss auf die Orthodoxie nicht nur in Österreich, sondern im gesamten deutschsprachigen Judentum aus.<sup>69</sup> In den frühen 1860er Jahren wurde beispielsweise Hollabrunn von solchen Konflikten schwer erschüttert. Sie kulminierten um Ignaz Wengraf, der sich sehr um den Aufbau des örtlichen Betvereins verdient gemacht hatte. Die reformfreundliche *Neuzeit* kommentierte säuerlich: „Nachdem der Herr Vorsteher [Wengraf] einsehen gelernt, dass sein Wohltätigkeits- und Ordnungssinn an der Starrköpfigkeit und Dummheit ‚orthodoxer‘ Leute wie Erbsen von einer Wand abprallte, legte er freiwillig sein Amt nieder.“<sup>70</sup> Ein weiterer böser Kommentar ist, ebenfalls in der *Neuzeit*, aus Baden überliefert:

„Herangewachsen in den beschränkten Ghettos, können sie die neuzeitlichen Institutionen nicht recht verdauen, tragen sie eine unbändige Sehnsucht nach den Fleischöpfen der Schomre-hadath [eine Anspielung auf den orthodoxen Verein der Glaubenswächter in Ungarn]. In Erwägung, der nunmehrige Vorstand könne es sich beifallen lassen, den Gottesdienst vom mittelalterlichen Schutt und Staub zu reinigen und gewisse Dinge, die den Anstand und das ästhetische Gefühl zu sehr verletzen, beseitigen und beseelt von dem Wunsche, ‚Khille à la Mattersdorf‘ [*Khille*, *Kebillab* auf Hebräisch, meint Gemeinde] zu spielen, haben die Herren Orthodoxen beschlossen, eine ‚Schul‘ mit [...] orthodoxen Kram [...] zu gründen.“<sup>71</sup>

67 Zum Konflikt in Wien: Robert S. WISTRICH, *Die Juden Wiens im Zeitalter Kaiser Franz Josephs* (Wien 1999) 93–95.

68 Christoph LIND, *Ehemals fünfzehn Gemeinden. Juden in Niederösterreich seit 1848*. In: Stefan EMINGER, Elisabeth LOINIG u. Willibald ROSNER (Hrsg.), *Ein Land im Zeitraffer. Niederösterreich seit 1848* (Weitra 2013) 137–145; MILCHRAM, *Heilige Gemeinde Neunkirchen*, 36.

69 Michael A. MEYER, *Jüdische Gemeinden im Übergang*. In: BRENNER, JERSCH-WENZEL u. MEYER, *Deutsch-jüdische Geschichte* 2, 96–134, hier 133.

70 *Die Neuzeit* (15. Jänner 1864) 32.

71 *Die Neuzeit* (23. Dezember 1870) 596.

Allerdings verstand es auch die solcherart geschmähte Orthodoxie sich durchzusetzen, wie zum Beispiel in Wiener Neustadt. Nachdem ihre „Fraktion“ durch den Zuzug konservativer Mitglieder während des Ersten Weltkrieges eine Stärkung erfahren hatte, wurde der erst 1902 während des Neubaus der Synagoge eingeführte *Wiener Minbag* wieder rückgängig gemacht und der Innenraum des Gotteshauses 1919 nach traditionellem Vorbild umgestaltet.<sup>72</sup>

Orthodoxie und Reform spiegeln sich auch im Inneren jener Gotteshäuser wider, die in den Sprengeln mehrerer IKG neben den „Hauptsynagogen“ bestanden. Das Bethaus in Erlach wurde in den 1890er Jahren auf Betreiben von Simon Hacker auf seinem Anwesen eingerichtet und folgte mit der *Bima* in der Mitte der Tradition.<sup>73</sup> Im Gegensatz zu Erlach, wo die Familie Hacker für das Bethaus verantwortlich zeichnete, wurde jenes in Neulengbach von einem 1870 gegründeten *Minjan*-Verein geführt.<sup>74</sup> Eine 1935 veröffentlichte detaillierte Beschreibung seines Innenraums überliefert uns, dass dort ebenfalls „[alles] streng nach orthodoxer Weise [...] angeordnet“ war.<sup>75</sup> Solche Vereinsbethäuser – nicht von allen ist die rituelle Ausrichtung bekannt – bestanden unter anderem auch in Bruck an der Leitha, Kirchberg am Wagram, Laa an der Thaya, Purgstall, Tulln oder Wilhelmsburg. In Liesing und Hohenau an der March leistete man sich repräsentative Neubauten, wobei letzterer sogar von Max Fleischer entworfen worden war. Das Bethaus von Bad Vöslau wiederum wurde von Sommergästen für Sommergäste errichtet, während der Betraum in Krems-Stein den Insassen der dortigen Haftanstalt diente.<sup>76</sup>

### „Heilige Bruderschaft“ – vom jüdischen Vereinsleben

Mit den Gemeinden entstand auf dem flachen Land auch ein jüdisches Vereinsleben. Dieses war nicht so ausdifferenziert wie in den großen IKG der Monarchie – allen voran Wien –, sondern beschränkte sich fast ausschließlich auf Gründungen religiöser Natur. Die Institution der für Begräbnisse zuständigen *Chevra Kadischa*, was wörtlich so viel wie „Heilige Bruderschaft“ bedeutet, gab es (und gibt es) in jeder Kultusgemeinde. Eine *Chevra* bestand vielerorts oft schon vor ihrer amtlichen Anerkennung durch die Vereinsbehörden, und ihre Entstehung ging mit dem Aufbau einer religiösen Infrastruktur Hand in Hand. Ein Beispiel dafür ist St. Pölten, wo der (alte) jüdische Friedhof als einer der ersten in Niederösterreich 1859 angelegt worden

72 Max POLLAK, Die Juden in Wiener-Neustadt. Ein Beitrag zur Geschichte der Juden in Österreich (Wien 1927) 105–108.

73 Heute befindet sich im „Hacker-Haus“ ein Museum für Zeitgeschichte, das sich auch der jüdischen Vergangenheit der Region widmet: <https://www.hacker-haus.at> (12.6.2020).

74 LIND, Kleine jüdische Kolonien, 148.

75 Die Wahrheit (12. Juli 1935) 6.

76 LIND, Kleine jüdische Kolonien, 102, 107 f., 123, 127–129, 133–135, 150 f., 158.

war, die offizielle Gründung der *Chewra* aber erst nachträglich 1894 erfolgte.<sup>77</sup> An Orten wie Hohenau an der March bildete die *Chewra* zudem den organisatorischen Rahmen für das örtliche religiöse Leben und zeichnete dort auch für den Bau der erwähnten Vereinssynagoge verantwortlich.<sup>78</sup> Ihre Hauptaufgabe bestand (und besteht) aber darin, Kranke und Sterbende zu besuchen, mit ihnen zu beten, ihre Körper nach dem Tod zu waschen und das Begräbnis zu organisieren.<sup>79</sup> In Krems versah in den letzten beiden Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts Philipp Singer „das traurige Amt des Leichenvorstehers [also des Vorstehers der *Chewra*]. Helfend und tröstend griff er ein, wo es galt, seines Amtes zu walten. Er scheute keine Mühe, bis in den entferntesten Ort reiste er und brachte jüdische Verstorbene auf den israelitischen Friedhof.“<sup>80</sup>

Während Beerdigungsvereine im Judentum schon lange Zeit existierten, waren Frauen-Wohltätigkeitsvereine ein neues Phänomen des 19. Jahrhunderts.<sup>81</sup> Einer der ältesten im deutschen Sprachraum – und in Niederösterreich – war der 1816 entstandene Wiener Israelitische Frauen-Wohltätigkeits-Verein.<sup>82</sup> Die erste Gründung außerhalb der Hauptstadt war wohl jene in Sechshaus (1866),<sup>83</sup> auf die Floridsdorf (1880),<sup>84</sup> Stockerau (1890),<sup>85</sup> Wiener Neustadt (1894),<sup>86</sup> Waidhofen an der Thaya (spätestens 1897)<sup>87</sup> oder Neunkirchen (1905)<sup>88</sup> folgten. Der Badener Israelitische Frauen-Wohltätigkeitsverein (gegründet 1890) rund um Obfrau Bettina Schreiber – einer der Mitgründer war mit Rabbiner Wilhelm Reich übrigens ein Mann – widmete sich der Ausstattung jüdischer Bräute, der Unterstützung von Wöchnerinnen oder der Einkleidung bedürftiger Kinder.<sup>89</sup>

77 Christoph LIND, „...es gab so nette Leute dort.“ Die zerstörte jüdische Gemeinde St. Pölten (St. Pölten 1998) 33.

78 LIND, Kleine jüdische Kolonien, 128.

79 Daneben war sie auch in der Unterstützung Armer und Bedürftiger aktiv, da Wohltätigkeit, neben Gebet und Studium von Talmud und Thora, eine religiöse Verpflichtung darstellt. Vgl. beispielsweise die Statuten der *Chewra* Neunkirchen, teilweise abgedruckt in MILCHRAM, Heilige Gemeinde Neunkirchen, 28.

80 Dr. Blochs Österreichische Wochenschrift (26. April 1901) 297.

81 Steven M. LOWENSTEIN, Anfänge der Integration 1780–1870. In: Marion KAPLAN (Hrsg.), Geschichte des jüdischen Alltags in Deutschland. Vom 17. Jahrhundert bis 1945 (München 2003) 121–224, hier 212 f.

82 Elisabeth MALLEIER, Jüdische Frauen in Wien 1816–1938. Wohlfahrt – Mädchenbildung – Frauenarbeit (Wien 2003) 50–53.

83 STERN, Sechshaus, 143–145.

84 Die Wahrheit (16. September 1927) 9.

85 Klaus KÖHLER, „Ein so schrecklich zerrissenes Leben...“. Leben und Schicksal der Juden im Bezirk Korneuburg 1848–1946 (Wien 2013) 69 f.

86 Werner SULZGRUBER, Die jüdische Gemeinde in Wiener Neustadt. Von ihren Anfängen bis zu ihrer Zerstörung (Wien 2005) 58 f.

87 Die Neuzeit (12. März 1897) 112.

88 MILCHRAM, Heilige Gemeinde Neunkirchen, 28.

89 SCHÄRF, Jüdisches Leben in Baden, 146.

Die Aktivität der Frauen blieb aber nicht auf Wohltätigkeit beschränkt. In St. Pölten beteiligte sich der örtliche Verein (gegründet 1902) auch an der Finanzierung der neuen Synagoge und schrieb sich durch die Spende des Thoraschreins buchstäblich in das Gebäude ein: Auf dem Schrein steht bis heute – in deutscher Sprache, aber in hebräischen Buchstaben – die entsprechende Widmungsinschrift zu lesen.<sup>90</sup>

Daneben strebten Jüdinnen und Juden aber auch danach, sich in säkularen Vereinen zu engagieren. Da sie dazu den nichtjüdischen Organisationen ihrer niederösterreichischen Heimatgemeinden beitraten, finden sich im 19. Jahrhundert auf dem flachen Land nur wenige weltliche jüdische Zusammenschlüsse wie beispielsweise der Korneuburger Israelitische Spar- und Losverein von 1881.<sup>91</sup> Das von Jüdinnen und Juden sowie Nichtjüdinnen und Nichtjuden gemeinsam gestaltete Vereinsleben war ein wichtiger Faktor der Integration, Mitwirkung und Teilhabe am örtlichen öffentlichen Leben. In Mistelbach waren Juden, darunter auch der Präsident der IKG Ludwig Abeles, im Schulverein, im Verschönerungsverein, im Landwirtschaftlichen Bezirksverein, im Verein zur Gründung einer Mittelschule, im Militär-Veteranen-Kranken-Unterstützungsverein oder auch im Turnverein aktiv. Seine Ehefrau Sophie engagierte sich wiederum als Kassaführerin im Frauen-Hilfsverein des Roten Kreuzes.<sup>92</sup> Jüdische Männer hatten zudem die Möglichkeit, den Freiwilligen Feuerwehren (FF) beizutreten, oder gehörten gar, wie in Poysdorf oder Oberndorf an der Melk, zu ihren Mitbegründern.<sup>93</sup> Die Verflechtung dieser beiden Sphären, der innerjüdischen und der außerjüdischen, zeigte sich beispielhaft beim Begräbnis von Moses Frank. Als langjähriger Vorstand der IKG St. Pölten und Ehrenmitglied der dortigen *Chewra* wurde er nach seinem Tod 1905 nicht nur von der jüdischen Gemeinde geehrt, sondern mit einem Trauergeleit auch von der FF seines Heimatortes Prinzersdorf.<sup>94</sup>

Allerdings trieben die „Gift-Blüten“ des Antisemitismus auch im Vereinsleben immer stärker aus und vernichteten alles, „was schön, gut und edel genannt werden könne“, wie Dr. Blochs *Österreichische Wochenschrift* 1895 festhielt, als in Mistelbach der Turnverein und dann auch der Radfahrklub „judenrein“ gemacht wurden.<sup>95</sup> Tatsächlich begannen in den letzten beiden Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts erste Vereine damit, sogenannte „Arierparagraphen“ in ihre Statuten einzufügen. Voran ging ihnen dabei die Wiener Burschenschaft Teutonia, die Ende der 1870er Jahre auf Initiative von Jaromir Tobiaschek – später Notar in Spitz an der Donau – und einigen Mitgliedern des Kremser Fechtklubs entschied, keine Juden mehr aufzunehmen.

90 KEIL, Eine Zierde der Stadt, 46.

91 KÖHLER, „Ein so schrecklich zerrissenes Leben“, 69.

92 Verdrängt und Vergessen. Die jüdische Gemeinde in Mistelbach. Hrsg. Aktion Museum M (Mistelbach 2003) 70.

93 LIND, Kleine jüdische Kolonien, 223 f.

94 Dr. Blochs *Österreichische Wochenschrift* (29. September 1905) 621.

95 Dr. Blochs *Österreichische Wochenschrift* (18. Oktober 1895) 776.

Begründet wurde dies damit, dass Juden keine Deutschen seien und deshalb auch nicht zum deutsch-österreichischen Volk gehören könnten.<sup>96</sup>

### Die „Gift-Blüten“ des Antisemitismus

Die Unterscheidung zwischen „arischen“ Deutschen und „nichtarischen“ Jüdinnen und Juden markiert den Wandel, den der alte, vor allem religiös begründete Antijudaismus im 19. Jahrhundert erfuhr. In dieser neuen, mehr säkularen und von wissenschaftlichem und technologischem Fortschritt geprägten Epoche erhielt er eine pseudorationale „moderne“ Begründung, die sich in der Rassenlehre fand. Im Gewand des „Antisemitismus“ – ein Begriff, der um 1880 erstmals auftauchte – machte er „die Juden“ für die sozialen Verwerfungen verantwortlich, die der politische und wirtschaftliche Liberalismus der zweiten Jahrhunderthälfte mit sich brachte. Je nach Standpunkt konnten antisemitische Agitatoren Jüdinnen und Juden kollektiv die vermeintliche Schuld an der Pleite von Handwerksbetrieben, der Zwangsversteigerung von Bauernhöfen oder der miserablen Lage der Arbeiterschaft zuweisen.<sup>97</sup> Der gesellschaftliche und wirtschaftliche Aufstieg, den viele Jüdinnen und Juden seit dem Vormärz, aber dann vor allem in den Jahrzehnten nach 1848 erlebt hatten, schien diese Argumentation vordergründig zu bestätigen.

Ein Beispiel für diesen Aufstieg ist Josef Schlesinger, der zunächst als Wanderhändler im Waldviertel seinen Geschäften noch im wahrsten Sinn des Wortes nachgegangen war und nach 1848 die Gelegenheit ergriffen hatte, in Altenburg eine eigene Gemischtwarenhandlung einzurichten.<sup>98</sup> Albert Leicht wiederum zog als junger Mann von Pressburg zuerst nach Graz und dann nach St. Pölten, wo er Ende der 1880er Jahre ein Kaufhaus gründete, das *einen derartigen Aufschwung nahm, dass es heute als das größte seiner Art am Platze eine dominierende Stellung einnimmt*, wie er 1922 in seinem Lebenslauf festhielt.<sup>99</sup> Tatsächlich waren Juden wie Schlesinger und Leicht im Vergleich zur Gesamtbevölkerung in Handel und Gewerbe überrepräsentiert

96 Eduard PICHL, Georg Schönerer, Bd. 2: 1873–1889 (Oldenburg, Berlin 1938) 319. Im Jahr 1890 gründeten die deutschnationalen Burschenschaften in Waidhofen an der Ybbs den „Waidhofener Verband“, der 1896 mit dem „Waidhofener Prinzip“ Juden Ehre und Satisfaktionsfähigkeit absprach. Dazu – und zum Kremser Fechtklub – siehe Michael WLADIKA, Hitlers Vätergeneration. Die Ursprünge des Nationalsozialismus in der k. u. k. Monarchie (Wien 2005) 53, 225–227, 239, 287–290.

97 Siehe auch Marsha L. ROZENBLIT, Die sozialen Grundlagen des Antisemitismus in der Habsburgermonarchie 1848–1918. In: Helmut RUMPLER u. Peter URBANITSCH (Hrsg.), Die Habsburgermonarchie 1848–1918, Bd. 9: Soziale Strukturen, Teilbd. 1: Von der feudal-agrarischen zur bürgerlich-industriellen Gesellschaft, Teil 2: Von der Stände- zur Klassengesellschaft (Wien 2010) 1369–1418, hier 1372–1385.

98 RABL, Juden in Horn, 184.

99 StA St. Pölten, Kt. HV Mag. Dion. 1923–1938 (171–189), Bürgerrechte, Curriculum Vitae von Albert Leicht vom November 1922. Vgl. LIND, nette Leute, 67.

– nicht nur in Niederösterreich, sondern auch in anderen Kronländern.<sup>100</sup> Der Grund dafür lag nicht in einer ihnen von den Antisemiten zugeschriebenen besonderen Begabung für diese Berufe, sondern in den Beschränkungen auf eben diesen Broterwerb, dem sie über Jahrhunderte unterworfen waren und der sich deshalb in vielen Familien tradierte. Die Erfolge – und Misserfolge –, die sie in ihren Berufen erzielten, reichten von bescheidenen Einkommen, die gerade zum Leben reichten, über den Aufbau von Geschäften, wie es Albert Leicht tat, bis hin zu den großen und sehr großen Vermögen einiger weniger Familien wie den Rothschild, die in den 1870er Jahren zu den größten Grundbesitzern Niederösterreichs avancierten.<sup>101</sup> Der Antisemitismus machte zwischen allen diesen Menschen und ihren Biographien keinen Unterschied. Auch die Taufe, die in früheren Jahrhunderten die Integration in die Mehrheitsgesellschaft wesentlich erleichtert hatte, konnte nun den „Makel“ jüdischer Abstammung nicht ungeschehen machen. Es galt der Georg von Schönerer zugeschriebene Spruch: „Ob Jud, ob Christ ist einerlei – in der Rasse liegt die Schweinerei.“<sup>102</sup>

Der Waldviertler Politiker Schönerer, dessen völkisch-germanische Ideologie auf den jungen Adolf Hitler einen nicht unwesentlichen Einfluss ausübte,<sup>103</sup> war es auch, der den Antisemitismus als erster in jener politischen Arena erprobte, die seit der Dezemberverfassung von 1867 durch Parlamentarismus und Demokratie neu definiert worden war und in der es galt, Wählerstimmen zu maximieren. Schönerer verlangte im Programm seiner alldeutschen Partei bereits 1885 die Beseitigung des „jüdischen Einflusses“ aus dem öffentlichen Leben, blieb letztendlich aber – auch auf Grund seiner Gegnerschaft zu Dynastie, Staat und Kirche – nur mäßig erfolgreich.<sup>104</sup> Erst Karl Lueger gelang es mit der Christlichsozialen Partei, eine politische Bewegung zu formieren, die es verstand, den Antisemitismus effizient als wählermobilisierenden Faktor zu nutzen.<sup>105</sup> Sie gewann 1895, nur wenige Jahre nach ihrer Gründung, die Gemeinderatswahlen in Wien, 1896 brach sie die deutschliberale Mehrheit im Niederösterreichischen Landtag und 1897 siegte sie auch bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus des Reichsrats. Der Kaiser bestätigte Lueger, nachdem

100 LICHTBLAU, Integration, Vernichtungsversuch und Neubeginn, 479 f.

101 Roman SANDGRUBER, Rothschild. Glanz und Untergang des Wiener Welthauses (Wien 2018) 245–252.

102 Brigitte HAMANN, Hitlers Wien. Lehrjahre eines Diktators (München 1996) 345.

103 Ebd., 337 f, 352, 361–364; Siehe auch Hannes LEIDINGER u. Christian RAPP, Hitler. Prägende Jahre. Kindheit und Jugend 1889–1914 (Salzburg 2020).

104 Peter PULZER, Die Entstehung des politischen Antisemitismus in Deutschland und Österreich 1867 bis 1914 (Göttingen 2004) 181–192. Zu Schönerer siehe auch: Friedel MOLL u. Michael WLADIKA, Georg Ritter von Schönerer (1841–1921). Ein alldeutscher Politiker aus dem Waldviertel. In: Harald HITZ, Franz PÖTSCHER, Erich RABL u. Thomas WINKELBAUER (Hrsg.), Waldviertler Biographien, Bd. 3 (Horn 2010) 121–150.

105 Zu Lueger: John W. BOYER, Karl Lueger (1844–1910). Christlichsoziale Politik als Beruf (Wien 2010).

er sich viermal geweigert hatte, nun auch als Bürgermeister von Wien.<sup>106</sup> Luegers Erfolge außerhalb der Hauptstadt waren maßgeblich auf das Wirken des katholischen Klerikers und Politikers Josef Scheicher zurückzuführen, der am Priesterseminar der Diözese St. Pölten lehrte. Die von ihm geschulten Kapläne trugen das Programm der Partei in die Dörfer und Städte, und mit der *St. Pöltner Zeitung* verfügte sie über ein mächtiges Sprachrohr, das den Antisemitismus wesentlich beförderte.<sup>107</sup> Scheicher, für den Schönerer als „Siegfried“ galt, der „zuerst gegen den Drachen der Judenpresse ausgezogen war“ und der Jüdinnen und Juden mit einer Spinne verglich, die „das arische Volk wie [...] eine im Netz gefangene Fliege“ ausaugen würde,<sup>108</sup> veröffentlichte zudem ein Büchlein mit dem Titel *Aus dem Jahre 1920. Ein Traum*. Die 1900 in St. Pölten erschienene, 89 Seiten starke Schrift entwarf die Utopie eines ethnisch bereinigten Gebildes namens „Vereinigte Oststaaten“ mit einem Kaiser an der Spitze, das nach einem Putsch Luegers an die Stelle der alten Strukturen der Donaumonarchie getreten war. Wien war nunmehr „judenfrei“, der Parlamentarismus abgeschafft, große Betriebe verstaatlicht und Demonstrationen verboten: „Wir haben aufgeräumt. [...] In Wien haben wir einmal 300 Juden und 20 Arier an einem Tage gehängt.“<sup>109</sup>

Jüdinnen und Juden standen diesen Vertreibungs- und Mordphantasien, dem verächtlichen Hass und den Gerüchten, die über sie verbreitet wurden, nicht wehrlos gegenüber. Sie nutzten die Mittel und Möglichkeiten der neuen Epoche zum Kampf gegen den Antisemitismus, der Dank der verfassungsmäßig garantierten Grundrechte im Gegensatz zu früheren Jahrhunderten auch publizistisch und juristisch geführt werden konnte.

Josef Samuel Bloch, der berühmte Rabbiner von Floridsdorf und Abgeordnete zum Reichsrat, gründete dazu 1884 die nach ihm benannte *Österreichische Wochenschrift* und schlug zudem die Gründung einer Organisation vor, die der jüdischen Selbstverteidigung dienen sollte.<sup>110</sup> Diese trat 1886 als *Österreichisch-Israelitische Union* (ÖIU) ins Leben und richtete 1897 – das Jahr, in dem Lueger Bürgermeister von Wien wurde – ein Rechtsschutzbüro ein, das den Kampf gegen antisemitische Hetze, Beleidigungen, Verleumdungen und körperliche Übergriffe vor Gericht trug.<sup>111</sup> Einer seiner bedeutendsten Fälle war das Verfahren gegen Leopold Hilsner, der 1899 im böhmischen Polna [*Polná*] fälschlich wegen eines angeblichen Ritualmordes an einem

106 PULZER, Entstehung des politischen Antisemitismus, 193–213; Robert S. WISTRICH, Die Juden Wiens im Zeitalter Kaiser Franz Josephs (Wien 1999) 192–197.

107 Karl GUTKAS, Geschichte des Landes Niederösterreich (St. Pölten 6. durchges. Aufl. 1983) 460. Siehe dazu den Beitrag von Stefan Eminger in diesem Band.

108 Zit. nach HAMANN, Hitlers Wien, 354 f., 415.

109 Joseph SCHEICHER, Aus dem Jahre 1920. Ein Traum vom Landtags- und Reichsrats-Abgeordneten Dr. Joseph Scheicher (St. Pölten 1900) 61 f.

110 Bruce F. PAULEY, Eine Geschichte des österreichischen Antisemitismus (Wien 1991) 85–88.

111 WISTRICH, Die Juden Wiens, 276–280.

19-jährigen Mädchen angeklagt und tatsächlich verurteilt wurde (die Haft verbüßte er bis zu seiner Begnadigung 1918 durch Kaiser Karl im Gefängnis von Krems-Stein). Der Prozess wurde in der gesamten Monarchie verfolgt und auch in Niederösterreich protestierten die IKG gegen diese – tatsächlich aus dem Hochmittelalter stammende – Blutbeschuldigung mit Protestresolutionen, die sie im Herbst 1899 bei Statthalter Erich von Kielmansegg einreichten.<sup>112</sup> Als einer der Folgen dieses Justizskandals erhielt die *Österreichisch-Israelitische Union* nun auch auf dem flachen Land verstärkten Zulauf. Im Jahr 1901 begann sie im Rahmen von Informationsveranstaltungen damit, Mitglieder zu werben, und schon 1902 verfügte sie über Vertrauensmänner in mehr als 40 Dörfern und Städten ganz Niederösterreichs, von Amstetten bis Zistersdorf.<sup>113</sup>

Diese Form einer neuen, durch den Antisemitismus ausgelösten Solidarität lässt sich auch am langsam entstehenden, säkular motivierten jüdischen Vereinswesen ablesen. Hier sind der Jüdische Bildungsverein Baden (1903) oder, ebenfalls in der Kurstadt aktiv, der Literaturverein Maimonides (1914) zu nennen.<sup>114</sup> In St. Pölten beschäftigte sich ein von Rabbiner Adolf Schächter 1904 ins Leben gerufener Verein mit jüdischer Geschichte und Literatur, wobei man Wert darauf legte, dies *unter Ausschaltung jeder politischen und religiösen Tendenz* zu tun.<sup>115</sup> Die, wenn auch erst auf lange Sicht, bedeutendsten dieser Gründungen gingen aus der zionistischen Bewegung hervor, die Theodor Herzl 1896 mit seinem Buch *Der Judenstaat* politisch wirksam gemacht hatte. Herzls Überlegungen fanden hauptsächlich unter den vielfach in bedrückenden Verhältnissen lebenden Ostjuden großen Anklang, während sich bei den deutschsprachigen Jüdinnen und Juden vor allem die (akademische) Jugend für sie begeisterte. Von Wien aus – dem frühen Zentrum des Zionismus – begann seine Anhängerschaft im Frühjahr 1903 eine systematische Informations- und Werbetätigkeit mit sogenannten „Agitationsveranstaltungen“ auf dem flachen Land, die sie nach Wiener Neustadt, St. Pölten, Baden, Neunkirchen, Floridsdorf und Krems führten. Die Aktivitäten der folgenden Jahre, darunter Diskussionen, Lesungen und Ausflüge, waren zwar nicht schlecht besucht, zeitigten aber keine nachhaltigen Ergebnisse, da sich die neu gegründeten zionistischen Vereine (in Baden, Krems, Stockerau, Kornuburg, Bad Vöslau, Neunkirchen, Mödling und Klosterneuburg) als kurzlebig und eher passiv erwiesen.<sup>116</sup> Die Gründe dafür sind in dem auf dem flachen Land fehlenden studentischen Milieu und Zerwürfnissen innerhalb der Bewegung zu suchen. Die Auswanderung nach Palästina (*Alija*, wörtlich „Aufstieg“) war für die jüdische Bevölkerung Niederösterreichs zudem keine Option – zu sehr fühlte sie sich in ihren Wohn- und Kultusgemeinden integriert und war im öffentlichen Leben involviert. Die Heimat,

112 LIND, Kleine jüdische Kolonien, 248–252.

113 Ebd., 254–257.

114 SCHÄRF, Jüdisches Leben in Baden, 148.

115 NÖLA, Vereinskataster Kategorie XVI d, Registerblatt „Jüdischer Literaturverein St. Pölten“; Stadtarchiv (StA) St. Pölten, Statuten des Jüdischen Literaturvereines in St. Pölten von 1904.

116 LIND, Kleine jüdische Kolonien, 263–265.

die man sich auf dem flachen Land geschaffen hatte, wollte man nicht verlassen, weshalb man sich mit jenen, die auswandern wollten (zumeist Jüdinnen und Juden aus Osteuropa), höchstens solidarisch zeigte. Der Erste Weltkrieg unterbrach zudem die zionistische Arbeit massiv, schuf aber in der Friedensordnung, die ihm folgte, die Grundlagen für die großen Erfolge der Bewegung in der Zwischenkriegszeit.

### „Und voran stehen die Juden!“ – im „Großen Krieg“

Der Kriegsbeginn im Sommer 1914 erfüllte weite Teile der Bevölkerung mit einer patriotischen und kaisertreuen Stimmung.<sup>117</sup> Die Österreichisch-Israelitische Union beschwor die Einheit der Monarchie und die Pflichterfüllung gegenüber dem Kaiser. Sie sah zudem nationale und religiöse Gegensätze aufgehoben und „voran in wetteifernder Betätigung [...] die Juden“ stehen.<sup>118</sup> In den Synagogen, wie am 1. August in Baden, fanden Bittgottesdienste für die Soldaten statt.<sup>119</sup> Der Krieg verlangte aber nicht nur den Einsatz an der Front – unter den fast zwei Millionen Soldaten, die Österreich-Ungarn im Sommer 1914 mobilisierte, befanden sich zehntausende Juden<sup>120</sup> –, sondern auch in der Heimat, die sehr bald mit seinen Folgen konfrontiert wurde.

Angesichts der vorrückenden russischen Armeen setzte sich aus Galizien und der Bukowina seit August 1914 nämlich ein gewaltiger Strom an Flüchtlingen in die westlichen Kronländer der Monarchie in Bewegung. Ihre Zahl ging in die Hunderttausende, darunter zigtausende Jüdinnen und Juden, und im Herbst 1915 sprach das Innenministerium von etwa „einer Million Unbemittelter“, die es unterzubringen und zu versorgen galt.<sup>121</sup> Zu diesem Zweck schuf die Stadt Wien die Zentralstelle der Fürsorge für Flüchtlinge aus Galizien und der Bukowina, die unter der Leitung des jüdischen Gemeinderats Rudolf Schwarz-Hiller stand.<sup>122</sup> Auf dem flachen Land übernahmen die Statthalterei und die Bezirksverwaltungsbehörden diese Aufgaben. Sie waren den ganzen Herbst 1914 auf der Suche nach geeigneten Flüchtlingsquartieren und zogen dazu alle möglichen Gebäude heran, darunter Gasthöfe,

117 Marsha L. ROZENBLIT, Der Habsburg-Patriotismus der Juden. In: Helmut RUMPLER (Hrsg.), Die Habsburgermonarchie 1848–1918, Bd. 11: Die Habsburgermonarchie und der Erste Weltkrieg, Teilbd. 1: Der Kampf um die Neuordnung Mitteleuropas, Teil 2: Vom Vielvölkerstaat Österreich-Ungarn zum neuen Europa der Nationalstaaten (Wien 2016) 887–917, hier 887–890; Sarah PANTER, Jüdische Erfahrungen und Loyalitätskonflikte im Ersten Weltkrieg (Göttingen 2014) 53–58.

118 Monatsschrift der Oesterreichisch-Israelitischen Union 7/8 (Juli–August 1914).

119 Dr. Blochs Österreichische Wochenschrift (7. August 1914) 556.

120 Manfred RAUCHENSTEINER, Der Erste Weltkrieg und das Ende der Habsburgermonarchie (Wien 2013) 148–150; Erwin A. SCHMIDL, Habsburgs jüdische Soldaten 1788–1918 (Wien 2014) 115.

121 Staatliche Flüchtlingsfürsorge im Kriege 1914/15. Hrsg. k. k. Ministerium des Inneren (Wien 1915) 4.

122 Beatrix HOFFMANN-HOLTER, „Abreisendmachung“. Jüdische Kriegsflüchtlinge in Wien 1914–1923 (Wien 1995) 29–30 f., 43–45; ROZENBLIT, Habsburg-Patriotismus, 900–908.

Wirtschaftsgebäude, Ziegelöfen und natürlich auch Privatquartiere.<sup>123</sup> In Bruck an der Leitha errichtete der Staat ein Lager für jüdische Flüchtlinge, in dem bereits im November 1914 über 2.000 Menschen untergebracht waren. Es gab dort auch eine hölzerne Synagoge – orthodox, mit der *Bima* in der Mitte – und einen kleinen jüdischen Lagerfriedhof.<sup>124</sup> Jüdische Privatpersonen, Funktionäre der Kultusgemeinden und Frauenvereine gründeten für die (nicht nur jüdische) Flüchtlingshilfe zudem Hilfskomitees und sammelten Spenden.<sup>125</sup> Louisa Freiwillig und Frau Stößel organisierten beispielsweise für den 30. Jänner 1915 im Sitzungssaal der IKG Baden eine „Wohltätigkeitsakademie, deren Erträgnis zu Gunsten der Flüchtlinge aus Galizien verwendet“ wurde.<sup>126</sup> Geld war auch für die Finanzierung des Krieges notwendig, der enorme Summen verschlang. Der Staat legte dazu Kriegsanleihen auf, die auch von Jüdinnen und Juden und ihren Organisationen gezeichnet wurden. In Wiener Neustadt beteiligten sich daran die IKG (5.000,- Kronen), die *Chevra Kadischa* (4.000,- Kronen), der Frauenwohltätigkeitsverein (3.000,- Kronen) und der Geselligkeitsverein Eintracht (1.000,- Kronen).<sup>127</sup> Mit sogenannten „Kriegsnagelungen“ (dem Beschlagen einer Holzfigur oder eines Schildes mit Nägeln gegen eine Spende), die in vielen Städten des Landes stattfanden, konnten die Witwen und Waisen gefallener Soldaten unterstützt werden.<sup>128</sup> Auch hier stand man nicht nach, seine patriotische Pflicht zu erfüllen, wie 1915 in St. Pölten. Bei der Enthüllung des dortigen „Wehrmanns in Eisen“ waren neben einer Vielzahl städtischer Honoratioren auch Albert Leicht, der Vorsteher der IKG, und Rabbiner Schächter vertreten.<sup>129</sup>

Das schwerste Opfer, das der Krieg der jüdischen Heimatfront abverlangte, waren aber zweifellos die Gefallenen. Ihre Zahl ist noch genauso wenig erfasst wie jene aller jüdischen Soldaten aus Niederösterreich, die im „Großen Krieg“ dienten – und von denen eine ebenfalls unbekannte Anzahl später in der Shoah ermordet wurde. Einer der Toten war der Badener Oskar Kohn, der am 3. Mai 1915, dem zweiten Tag der Schlacht von Gorlice-Tarnow, an der Ostfront fiel. Im Herbst holte

123 Elisabeth LOINIG, Lager in Niederösterreich. Kriegsgefangene – Internierte – Flüchtlinge. In: Achim DOPPLER, Stefan EMINGER u. Elisabeth LOINIG (Hrsg.), Fern der Front – Mitten im Krieg. Niederösterreich 1914–1918 (Weitra 2014) 31–48, hier 41.

124 Friedrich PETZNEK, Das kaiserlich-königliche Flüchtlingslager in Bruck an der Leitha 1914–1918 (Bruck an der Leitha 1995) o. S.; Christoph LIND, In Wohnungen und Lagern. Jüdische Flüchtlinge in Niederösterreich 1914–1918. In: In die Häuser schauen. Aspekte jüdischen Wohnens vom Mittelalter bis ins 20. Jahrhundert. Hrsg. Institut für jüdische Geschichte Österreichs (St. Pölten 2016) 30–39, hier 36–38.

125 LIND, In Wohnungen und Lagern, 33–36.

126 Die Wahrheit (5. Februar 1915) 10.

127 Neue Freie Presse (24. November 1914) 16.

128 Stefan EMINGER, „Der eisernen Zeit ein eisernes Denkmal!“ Kriegsnagelungen in Niederösterreich. In: Achim DOPPLER, Stefan EMINGER u. Elisabeth LOINIG (Hrsg.), Fern der Front – mitten im Krieg, Niederösterreich 1914–1918 = StUF 60 (St. Pölten 2014) 106–123.

129 St. Pöltner Deutsche Volks-Zeitung (3. Juni 1915).



Abbildung 3: Die IKG Mistelbach widmete ihren Gefallenen nach 1918 eine Gedenktafel am jüdischen Friedhof in Mistelbach, Wikimedia Commons, Foto: Anton-kurt (CCo).

Jakob Kohn den Leichnam seines Sohnes, den er nur an Hand von dessen Gebetschal hatte identifizieren können, nach Hause, wo er am 8. November 1915 auf dem örtlichen jüdischen Friedhof begraben wurde.<sup>130</sup>

Die Zumutungen des Krieges wurden mit dessen Fortdauer immer drückender. Bereits im Herbst 1914 war der Mangel an Lebensmitteln spürbar geworden, gegen den staatliche Maßnahmen wie Richtpreise, Rationierungen und die Einführung von fleischlosen Tagen wirkungslos blieben. Der Besitz von Lebensmittelkarten garantierte zudem nicht den Erhalt der entsprechenden Ware. Im Frühling 1916 waren Weizen- oder Roggenmehl wochenlang nicht lieferbar, stattdessen gab es Mais- und Hafermehl.<sup>131</sup> Die jüdischen Gemeinden bekamen dies auch bei den staatlichen Mehlzuteilungen für die *Mazzot* (das ungesäuerte Brot zur Erinnerung an den biblischen Exodus) zu spüren, die bei ohnehin schlechter Qualität deutlich reduziert werden mussten.<sup>132</sup>

In den letzten beiden Kriegsjahren ist – im scharfen Kontrast zur Begeisterung von 1914 – die Loyalität zu Staat und Dynastie im wahrsten Sinne des Wortes verhungert. Inwiefern und in welchem Ausmaß dies auch für die jüdischen Bevölkerungsteile zutraf, lässt sich nur schwer beurteilen, gehörte der Großteil von ihnen – selbst unter Berücksichtigung späterer nostalgischer Verklärung – doch zu den loyalsten Untertanen Kaiser Franz Josephs, dem Schutzherrn und Garanten ihrer verfassungsmäßigen Rechte.<sup>133</sup> Sein Tod 1916 und das Ende von Dynastie und Monarchie zwei Jahre später lösten nicht nur bei den niederösterreichischen Jüdinnen und Juden große Sorgen um die Zukunft aus. Die Aufsplitterung des Vielvölkerstaates in vermeintlich ethnisch homogene Staaten – an dieser Stelle sei an Joseph Scheichers Traum von 1900 erinnert – machte sie zu einer Minderheit zwischen allen Stühlen. Bereits im November 1918 kam es, wie in Lemberg [*Lwów*, *Lwów*], zu schweren Pogromen.<sup>134</sup> In der neu gegründeten Republik Deutsch-Österreich blieben solche Ausschreitungen trotz entsprechender Befürchtungen – *Dr. Blochs Österreichische Wochenschrift* hatte bereits am 2. August 1918 sarkastisch mit „Auf zum Pogrom!“ getitelt<sup>135</sup> – zwar aus, der Antisemitismus erreichte aber eine Qualität, die in den Jahren vor 1914 unbekannt gewesen war.

130 Dr. Blochs Österreichische Wochenschrift (12. November 1915) 841.

131 Willibald ROSNER, *Fin de Siècle und Weltkrieg*. In: EMINGER, LOINIG u. ROSNER, *Ein Land im Zeitraffer*, 36–50, hier 41–44.

132 Die Wahrheit (9. März 1917) 5.

133 Albert LICHTBLAU (Hrsg.), *Als hätten wir dazugehört. Österreichisch-jüdische Lebensgeschichten aus der Habsburgermonarchie* (Wien 1999) 19–24. Der Herausgeber wollte diesen Band ursprünglich bezeichnenderweise *Des Kaisers Juden* nennen, was dann aber doch nicht zustande kam.

134 ROZENBLIT, *Habsburg-Patriotismus, 908–917*. Zu den Kriegsfolgen siehe auch Robert GERWARTH, *Die Besiegten. Das blutige Erbe des Ersten Weltkriegs* (München 2017).

135 Dr. Blochs Österreichische Wochenschrift (2. August 1918) 473.

## Resümee

Im 19. Jahrhundert konnte jüdisches Leben in Niederösterreich erneut – zum dritten Mal in der Geschichte – Fuß fassen. Der Staat und seine Verfassung garantierten die Existenz dieser kleinen jüdischen Welt auf dem flachen Land. Die Kultusgemeinden, deren äußere Ordnung ab 1890 durch das vom Parlament beschlossene Israelitengesetz bestimmt wurde, regelten ihre inneren Angelegenheiten selbstständig. Der Bau prächtiger Gotteshäuser brachte nicht nur das jüdische Selbstbewusstsein, sondern auch jenes als österreichische Staatsbürgerinnen und Staatsbürger zum Ausdruck. Die Treue zur Dynastie, personifiziert durch den Kaiser, wurde in den Synagogen zu den gebotenen Anlässen – beispielsweise durch Festgottesdienste – demonstriert. Diese partiell erfolgreiche Integration, die sich auch in zivilgesellschaftlicher Präsenz wie durch das Engagement in örtlichen nichtjüdischen Vereinen niederschlug, wurde vom Antisemitismus radikal in Frage gestellt. Seine Anfeindungen, die von populistischen Politikern wie Georg von Schönerer und, allen voran, Karl Lueger befördert wurden, erlebten die Jüdinnen und Juden Niederösterreichs als zunehmend bedrohlich und beängstigend, hofften – und pochten – aber auf Verfassung und Rechtsstaat. Alles andere als nur passive Opfer, brachten sie gegen den Antisemitismus mit der Österreichisch-Israelitischen Union zudem eine Organisation der Gegenwehr in Stellung, die auch auf dem flachen Land aktiv war. Der Zionismus, für den sich seine Anhängerinnen und Anhänger in Niederösterreich ebenfalls zur Jahrhundertwende zu engagieren begannen, gab mit der Idee der Gründung eines eigenen „Judenstaates“ seine eigene Antwort auf die Zumutungen der Antisemiten. Die großen Opfer an „Gut und Blut“, die das jüdische Niederösterreich zwischen 1914 und 1918 erbrachte, wiesen die Judenhasserinnen und Judenhasser, anders als erwartet und erhofft, nicht in die Schranken. Mit dem Untergang der Doppelmonarchie eröffnete sich für die Jüdinnen und Juden des Landes ein sorgenvoller Blick in die Zukunft. Im Lichte dessen betrachtet, was in den kommenden Jahren durch die Radikalisierung des Antisemitismus und den Aufstieg des Nationalsozialismus noch folgen sollte und in der Shoah kulminierte, ging für sie tatsächlich Stefan Zweigs oft zitiertes und strapaziertes „Zeitalter der Sicherheit“ zu Ende.

**Christoph Lind**, Mag. Dr., Studium der Geschichte und Politikwissenschaft an der Universität Wien; seit 1999 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für jüdische Geschichte Österreichs. Forschungen zur österreichisch-jüdischen Geschichte im 19. und 20. Jahrhundert mit einem regionalen Schwerpunkt auf Wien und Niederösterreich; Publikationen zu jüdischem Leben und jüdischer Kultur in der Region sowie zu Aspekten der Verfolgung im Nationalsozialismus; Führungs- und Vermittlungstätigkeit rund um die Ehemalige Synagoge St. Pölten.